

HANNO MERKT

Unternehmenspublizität

Jus Privatum

51

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 51



Hanno Merkt

Unternehmenspublizität

Offenlegung von Unternehmensdaten
als Korrelat der Marktteilnahme

Mohr Siebeck

Hanno Merkt, geboren 1960; Studium der Rechtswissenschaft, der Geschichte und der Hispanistik in Bonn, Mannheim und Santiago de Compostela; 1989 Master of Laws an der University of Chicago und Promotion in Münster; 1990 bis 2000 Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg; 2000 Habilitation in Hamburg und Lehrstuhlvertretung an der Universität Regensburg; seit Oktober 2000 Inhaber des Alfred-Krupp-Lehrstuhls für deutsches, ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht an der Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft in Hamburg.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

Diese Untersuchung wurde vom Deutschen Aktieninstitut e.V., Frankfurt am Main mit dem Hochschulpreis 1999 für die beste wissenschaftliche Abschlußarbeit ausgezeichnet.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Merkt, Hanno:

Unternehmenspublizität : Offenlegung von Unternehmensdaten als Korrelat der Marktteilnahme / Hanno Merkt. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2001

Jus privatum ; Bd. 51

ISBN 3-16-147437-6

978-3-16-157961-5 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2001 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0940-9610

Für Andrea

Vorwort

Unternehmenspublizität ist eine Thematik, die das Wirtschaftsrecht bekanntlich seit langem beschäftigt, die aber zugleich von besonderer Aktualität ist. Denn der Ruf nach mehr und verbesserter Publizität wird in letzter Zeit wieder lauter. Das hat eine ganze Reihe unterschiedlicher Gründe. Auf der einen Seite beobachten wir ein gesteigertes Bedürfnis des Publikums nach Informationen. Dies mag mit der wachsenden Demokratisierung, mit der Ausweitung der Freiheiten des Einzelnen und auch damit zu tun haben, dass jedenfalls in den westlichen Industriegesellschaften das Individuum mit seinen Rechten und Bedürfnissen stärker in den Vordergrund rückt. Auf der anderen Seite stellen wir eine stetige Ausweitung des Informationsangebots fest, die ihrerseits vor allem durch technischen Fortschritt im Bereich der Medien bedingt ist. Für die Wirtschaft ist dabei von zentraler Bedeutung, dass immer mehr Prozesse über Märkte abgewickelt werden, was wiederum Information und deren Austausch voraussetzt. Ein einfaches Beispiel mag dies verdeutlichen: Große deutsche Unternehmen konnten sich noch bis in die jüngere Vergangenheit auf den Standpunkt stellen, dass eine Binnenfinanzierung in jedem Fall vorzugswürdig ist, weil damit die Geschicke der Unternehmung in den Händen eines kleinen geschlossenen Kreises von Personen verbleiben. Mit dem wachsenden Finanzierungsdruck ist dieses traditionelle Modell überholt. Die Finanzierung über den (Eigen- wie Fremd-) Kapitalmarkt macht es aber unumgänglich, dem Markt Informationen über das Unternehmen anzubieten. Es liegt auf der Hand, dass die wachsende Bedeutung der Publizität im Wirtschaftsleben, die ihrerseits in vielfältiger Hinsicht Gegenstand von rechtlichen Regeln im weitesten Sinne ist, nicht ohne gravierende Auswirkungen für das Wirtschaftsrecht bleiben kann.

Daher erschien eine wissenschaftliche Untersuchung zur Unternehmenspublizität als eine ebenso lohnende wie herausfordernde Aufgabe. Dies galt zunächst deshalb, weil Unternehmenspublizität einen bunten Strauß sehr unterschiedlicher Erscheinungsformen bildet, von der Publizität des Handelsregisters über die Firmenpublizität, die Hauptversammlungs- und die Rechnungslegungspublizität, die Beteiligungs- und Konzernpublizität, die Kartellpublizität, die Börsen- und die wertpapierrechtliche Publizität bis hin zur Insolvenzpublizität. Es bedarf keiner näheren Begründung, dass angesichts dieser Phänomenologie die Suche nach einer gemeinsamen Dogmatik beson-

ders reizvoll erscheint. Geradezu unwiderstehlich wurde diese Herausforderung vor dem Hintergrund des – noch näher darzulegenden – Befundes, dass größere wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Gegenstand weithin fehlen, ganz im Gegensatz zu der schier unüberschaubaren Masse von Einzel- und Detailforschungen. Die vorliegende Abhandlung möchte ausgehend von einer entwicklungsgeschichtlichen, rechtsvergleichenden und ökonomischen Bestandsaufnahme den Versuch unternehmen, eine rechtswissenschaftliche Theorie der Unternehmenspublizität entwickeln.

Allerdings ist diese Untersuchung kein Handbuch. Manche Leser werden deshalb vergeblich nach Antworten auf spezifische Fragen zu einzelnen Formen der Unternehmenspublizität suchen. Die Bandbreite der Erscheinungsformen von Unternehmenspublizität ist – wie angedeutet – enorm, und noch viel gewaltiger ist die Zahl der mit den Einzelformen verbundenen Probleme. Aber selbst der wissenschaftlich insbesondere an System und Struktur der Unternehmenspublizität Interessierte wird vielfach nur auf exemplarische Problembehandlung stoßen. Anders läßt sich eine solche Themenstellung mit dem Anspruch auf wissenschaftliche Tiefe in einigermaßen überschaubarem Rahmen nicht bewältigen. Präsentiert wird der Entwurf eines Konzeptes, dessen Plausibilität und Tragfähigkeit hier nur ganz punktuell getestet werden kann. Im Vordergrund steht die dogmatisch abgeleitete theoretische Konzeption. Im Interesse dieses Anliegens waren daher einige schmerzliche Abstriche am ursprünglichen Untersuchungsprogramm unvermeidlich. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis der unterschiedlichen Formen der Unternehmenspublizität zueinander ebenso wie für das Verhältnis der Unternehmenspublizität zu anderen, funktional äquivalenten Instituten, ferner für die Frage nach den verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und rechtsgeschäftlichen Grenzen der Publizität und hier besonders für das Verhältnis von Unternehmenspublizität und der komplementären Pflicht zur Vertraulichkeit, so bedauerlich dies auch sein mag. Ebenso musste sehr bald Abstand von der Idee genommen werden, die rechtswissenschaftliche Theorie der Publizität über die Grenzen des Wirtschaftsrechts hinaus auf das gesamte Privatrecht zu erstrecken und damit insbesondere die sachenrechtliche Publizität einzubeziehen. So reizvoll diese Aufgabe auch gewesen wäre und so nahe der Brückenschlag namentlich zwischen der handelsrechtlichen und der sachenrechtlichen Registerpublizität auch liegen mag: Die hier behandelte Thematik der Unternehmenspublizität ist gewaltig genug, und alles weitere wäre in dem gegebenen Rahmen nur unter Inkaufnahme des Risikos mangelnder Gründlichkeit möglich gewesen. Das kam nicht in Frage.

Die hier vorgelegte Untersuchung wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Hamburg im Wintersemester 1999/2000 als Habilitationsschrift angenommen. Literatur und Rechtsprechung sind auf dem Stand vom Februar 1999.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem verehrten Lehrer *Klaus J. Hopt*, der die Arbeit von Beginn an in vielfältiger Weise gefördert und unterstützt hat, der in jeder Phase ihrer Entstehung ein aufmunterndes Wort ebenso wie ein offenes Ohr für Sorgen und Nöte hatte und der den Verfasser auch davor bewahrt hat, sich zu weit über die Grenzen der ursprünglich gewählten Thematik hinauszubewegen. Mein Dank gilt sodann *Peter Behrens*, der überaus zügig das Zweitgutachten erstellt hat. Danken möchte ich ferner dem Hamburger Max-Planck-Institut, dem ich für eine Dekade angehört habe und dem ich mich auch weiterhin eng verbunden fühle. Das gilt ganz besonders meinen dortigen Kollegen *Heyo Berg, Reinhard Ellger und Detlev Witt*

Zu danken habe ich schließlich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Frau *Kirsten Dunckel* und Frau *Susan Emmenegger* sowie Frau *Malini Nanda*, Herrn *Kai-Alexander Heeren* und Frau *Daniela Cohn*, die mir bei der Literaturbeschaffung, bei den Korrekturen und bei der Erstellung des Stichwortregisters geholfen haben.

Hamburg, im Sommer 2000

Hanno Merkt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XX
Verzeichnis der zitierten EU-Rechtsvorschriften	XXVIII

Einleitung

Unternehmenspublizität als Untersuchungsgegenstand

1. Kapitel: Der Status quo	1
2. Kapitel: Publizität als rechtliche Kategorie.....	6
I. Mehrdeutigkeit des Begriffs	6
II. Publizität und Information	8
III. Publizität und Transparenz	11
IV. Publizität im öffentlichen Recht	13
1. Verfassungsrecht	13
2. Verwaltungsrecht	15
3. Straf- und Strafprozeßrecht.....	15
4. Verfahrensrecht allgemein	16
V. Publizität im Privatrecht	17
1. Bürgerliches Recht	17
2. Wirtschaftsrecht.....	19
3. Kapitel: Publizität als unternehmensrechtliche Kategorie.....	21
I. Ausgangspunkt	21
II. Unternehmenspublizität und die Publikation jenseits der Rechnungslegung.....	22
III. Unternehmenspublizität, Werbung, Investor Relations.....	24
4. Kapitel: Methode und Gang der Untersuchung	27

Erster Teil

Unternehmenspublizität in historischer Perspektive

1. Kapitel: Ursprünge und Entwicklung der Handelspublizität bis zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert	31
I. Immobilienregister	31
II. Kaufmännische Publizität	32
1. Firmenpublizität	33
a) Italien	33
b) Deutschsprachiger Raum	33
c) Frankreich	34
2. Kaufmännische Register	35
a) Italienische Städte	35
b) Frankreich	36
c) Deutschland	37
d) Österreich	38
e) Diskussion um den Zweck kaufmännischer Register	38
f) Gesetzliche Bestimmungen	39
3. Markt-, Mess- und Börsenpublizität	40
4. Rechnungslegung	42
2. Kapitel: Handels- und gesellschaftsrechtliche Publizität im fortschreitenden 19. Jahrhundert	43
I. Fortbildung und Konsolidierung der Handelsregisterpublizität	44
1. Frankreich	44
2. Deutschsprachiger Raum	44
a) Preußen	45
b) Nürnberger Konferenz und ADHGB	46
c) Ausbau der Registerpublizität durch die Rechtsprechung	50
3. Frankreich	52
II. Die Aktiengesellschaft als Katalysator der Weiterentwicklung: Substitution der Staatskontrolle durch Publizität	53
1. Das Konzessionssystem und erste Ansätze aktienrechtlicher Offenlegung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts	53
a) Frankreich	54
b) England	55
c) Deutschland	56

2. Der Übergang zum Normativsystem und der endgültige Durchbruch der aktienrechtlichen Publizität	59
a) Frankreich	60
b) Deutschland	62
c) Schweiz	73
d) England	74
III. Publizität des Wertpapierhandels	76
IV. Die Diskussion über das „Publizitätsprinzip“ um die Jahrhundertwende	80
3. Kapitel: Die Entwicklung der Unternehmenspublizität im 20. Jahrhundert	84
I. Ausbau der Registerpublizität	84
1. Deutschland	84
2. Österreich	87
3. Schweiz	88
4. Frankreich	89
5. England	91
II. Funktionserweiterung der aktienrechtlichen Publizität	92
1. Deutschland	92
a) Etappe bis zur Notverordnung von 1931	92
b) Aktienrechtsreform von 1937	97
c) Frühe Nachkriegszeit	97
d) Große Aktienrechtsreform	98
e) Publizitätsgesetz von 1969	100
f) Börsenpublizität	102
2. Österreich	102
3. Schweiz	103
4. Frankreich	104
5. England	106
III. Das Einsetzen der europäischen Harmonisierung im Bereich der handels- und kapitalmarktrechtlichen Publizität	108
1. Handelsrechtliche Register- und Gründungspublizität	109
2. Gesellschaftsrechtliche Rechnungslegungspublizität	109
3. Kapitalmarktrechtliche Publizität	112
4. Kapitel: Unternehmenspublizität in der US-amerikanischen Rechtsentwicklung	114
I. Die Frühphase bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts	114

II. Das Einsetzen der allgemeinen Kapitalmarktgesetz- gebung in den Einzelstaaten (Blue Sky Laws)	116
III. Der Kampf der Philosophien und der Sieg der „disclosure philosophy“ in der New Deal-Gesetzgebung des Bundes	117
IV. Die erste Phase der Securities Acts bis zum Ende der siebziger Jahre und die Sinnkrise der disclosure	119
V. Fortentwicklung und Integration des Publizitätssystems	122
5. Kapitel: Internationalisierungs- bzw. Amerikanisierungstendenzen ...	122
6. Kapitel: Entwicklungslinien	127

Zweiter Teil

Verbreitung und Erscheinungsformen der Unternehmenspublizität im geltenden positiven Recht

1. Kapitel: Europäisches Recht	132
I. Handelsrechtliche Publizität	133
1. Registerpublizität	133
2. Rechnungslegungspublizität	135
3. Konzernpublizität	137
II. Kartellpublizität	139
III. Kapitalmarktpublizität	140
1. Marktbezogenheit der Konzeption	140
2. Periodische Offenlegung	142
3. Ad hoc-Publizität	142
4. Veröffentlichungsvorgang	144
5. Prospektpublizität	144
6. Ansätze zur Integration	148
2. Kapitel: Einzelne europäische Staaten	148
I. Handelsrechtliche Publizität	149
1. Register- und Firmenpublizität	149
2. Rechnungslegungs- und Hauptversammlungspublizität	156
3. Beteiligungs- und Konzernpublizität	164
II. Kartellpublizität	167
III. Kapitalmarktpublizität	169

IV. Branchenpublizität	176
V. Insolvenzpublizität	178
3. Kapitel: USA	183
I. Handels- und gesellschaftsrechtliche Publizität	183
II. Kapitalmarktrechtliche Publizität	184

Dritter Teil

Bewertung der Unternehmenspublizität aus ökonomischer Sicht

1. Kapitel: Empirie der Publizität	191
I. Empirie der Publizität und Legitimation hoheitlicher Offenlegungsvorschriften	191
II. Deskriptive Empirie zu Umfang und Güte der Publizität	198
1. Publizität der Berichterstattung über die Finanzlage	198
2. Zwischenberichtspublizität	200
3. Konzernpublizität	202
4. Mittelstandspublizität	204
5. Prognosepublizität	206
6. Handelsregisterpublizität	207
2. Kapitel: Ökonomische Theorie	207
I. Neoklassisches Modell	208
II. Neue Institutionenökonomik - Informationsökonomik	208
1. Grundansatz	208
2. Unterstützung der Neuen Institutionenökonomik durch die Marktprozeßtheorie	210
3. Informationsökonomik	212
a) Hinreichende Publizität durch den Markt?	212
b) Notwendige Ergänzung der marktendogenen Publizität durch staatliche Regulierung	217
III. Folgerungen für den Fortgang der Untersuchung	224

Vierter Teil

Grundlagen der Dogmatik der Unternehmenspublizität

1. Kapitel: Kritische Bestandsaufnahme: Publizitätsdogmatik als Rechtsfolgendogmatik einzelner Phänotypen der Pflichtpublizität ...	229
I. Dogmatik zur handelsrechtlichen Publizität	229
1. Registerpublizität	229
a) Rechtsscheinsdogmatik	231
b) Verkehrsschutzdogmatik	237
2. Firmenpublizität	244
3. Rechnungslegungspublizität	249
4. Hauptversammlungs- bzw. Auskunftspublizität	257
5. Beteiligungs- und Konzernpublizität	267
II. Kartellpublizität	269
III. Börsen- und wertpapierhandelsrechtliche Publizität	275
1. Prospektpublizität	277
2. Berichts- und Beteiligungspublizität	282
3. Ad hoc-Publizität	286
IV. Insolvenzpublizität	289
V. Zwischenergebnis	296
2. Kapitel: Entwicklung der Grundlagen einer Funktionsdogmatik der Unternehmenspublizität	296
I. Die dualistische Zielkonzeption des Kapitalmarktrechts als Ausgangspunkt dogmatischer Überlegungen	296
1. Individualschutz und Funktionsschutz als Funktionsprinzipien des Kapitalmarktrechts	296
a) Individualschutzzweck	298
b) Funktionsschutz	300
2. Zum Verhältnis von Individual- und Funktionsschutz	301
3. Rolle und Stellung der Publizität und ihrer Regulierung im Kapitalmarktrecht	306
a) Funktionsschutzziel	306
b) Individualschutzziel	308
c) Unmittelbare versus mittelbare Regulierung	308
d) Kapitalmarktbezogenheit	312
4. Ökonomische Hinweise auf eine Erweiterung der kapitalmarktrechtlichen Funktionsanalyse	312

II. Erweiterung des kapitalmarktrechtlichen Ansatzes: Vom Anleger- und Kapitalmarktschutz zum Marktteilnehmer- und Marktschutz	314
1. Auswertung der funktionsdogmatischen Untersuchung	314
a) Handelsregisterpublizität	314
b) Firmenpublizität	315
c) Rechnungslegungspublizität	316
d) Hauptversammlungspublizität	323
e) Beteiligungs- und Konzernpublizität	324
f) Kartellpublizität	324
g) Börsen- und wertpapierhandelsrechtliche Publizität	325
h) Insolvenzpublizität	325
2. Dogmatische Einsichten aus der kollisionsrechtlichen Debatte um die Einordnung der Publizität	326
3. Bestätigung des hier gewählten dogmatischen Ansatzes durch die Wirtschaftsrechtstheorie	328
III. Ausdifferenzierung des Aufgabenprogramms der Marktpublizität: Publizität als Korrelat der Marktteilnahme	332
1. Individualschutz als Marktteilnehmerschutz	333
a) Informationsfunktion	334
b) Verhaltenssteuerungs- und Entscheidungsvorbereitungsfunktion	338
c) Kontrollfunktion	340
d) Risikosenkungsfunktion	341
2. Funktionsschutz als Marktschutz	345
a) Institutionelle Funktionsfähigkeit	345
b) Operationale Funktionsfähigkeit	345
c) Allokative Funktionsfähigkeit	347
d) Preisbildungsfunktion	348
e) Vertrauensschutzfunktion	348
IV. Genotypen der Marktpublizität	350
1. Marktchronologie als Systematisierungskriterium	351
a) Grundsätzlicher Zusammenhang zwischen Zeit und Publizität	351
b) Der marktchronologische Aspekt in der wirtschafts- rechtlichen Diskussion	353
c) Legitimierung des marktchronologischen Systematisierungsansatzes ...	354
2. Intensität der Marktbeanspruchung als Quantifizierungs- kriterium	358
a) Rechtsform des Unternehmensträgers	360
b) Unternehmensgröße	362
c) Segment des Kapitalmarktes	363

d) Konzentrationsvorgänge	368
e) Branchenpublizität	369
3. Markteintrittspublizität	369
4. Marktteilnahmepublizität	372
5. Marktteilnahmeänderungspublizität als Konzentrations- und Dekonzentrationspublizität	378
6. Marktaustrittspublizität	384

Fünfter Teil

Grundelemente der Unternehmenspublizität

1. Kapitel: Der Tatbestand der Unternehmenspublizität	389
I. Zur These vom allgemeinen Tatbestand der Unternehmens- publizität	389
II. Marktteilnahme	391
1. Marktbegriff	391
2. Marktteilnehmer	393
a) Emittenten von Publizität (Unternehmen)	393
b) Adressaten der Publizität	395
c) Informationsmittler	415
III. Offenlegung	423
1. Natur der Offenlegung	423
a) Freiwillige Offenlegung	423
b) Offenlegung aufgrund einer Rechtspflicht	438
2. Inhaltliche Anforderungen	447
a) Grundsatz der Adressatenorientierung	448
b) Wesentlichkeit	453
c) Werthaltigkeit, Klarheit und Vollständigkeit	459
d) Einheitlichkeit	463
2. Kapitel: Durchsetzung und Kontrolle der Unternehmenspublizität	
I. Prüfung der Unternehmenspublizität	467
1. Registergerichtliche Prüfung	467
2. Abschlußprüfung	470
II. Beaufsichtigung der Unternehmenspublizität	476
1. Behördliche Aufsicht	476
2. Autonome Aufsicht	480

III. Sanktionierung	480
1. Haftung	480
a) Registerpublizität	481
b) Rechnungslegungspublizität	481
c) Wertpapierhandelsrechtliche Publizität	483
d) Prospektpublizität	483
e) Problematik des Konzernvertrauens	483
f) Zur Haftung aus unverlangtem Rating	485
2. Zwangsgeld sowie Strafsanktionen	487
IV. Fazit	489
Schlußbemerkung	491
Literaturverzeichnis	494
Register	553

Akürzungsverzeichnis

a.A.	am Anfang/andere(r) Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
ABA J.	American Bar Association Journal
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
Acc.	The Accountant
Acc.Rev.	Accounting Review
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch von 1861
ADV	automationsunterstützte Datenverarbeitung
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Die Aktiengesellschaft/Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AICPA	American Institute for Certified Public Accountants
AIG	s. AuslInvestmG
AktG	Aktiengesetz
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten, gültig ab 1.6.1794
Am.Econ.Rev.	American Economic Review
Am.J.Comp.L.	American Journal of Comparative Law
Anglo-Am.L.Rev.	Anglo-American Law Review
AO	Abgabenordnung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArchBürgR	Archiv für bürgerliches Recht
Ariz.State L.J.	Arizona State Law Journal
AuslInvestmG	Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen
Austr.Bus.L.Rev.	Australian Business Law Review
Austr.J.Corp.L.	Australian Journal of Corporate Law
BAKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
Banking Fin.L.Rev.	Banking and Finance Law Review
BAnz	Bundesanzeiger
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BAWe	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater

Bbl.	Bundesblatt
bespr./bspr.	besprochen
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Bundesgerichtsentscheid, amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIP	Basic Information Package
BKartA	Bundeskartellamt
BlfG	Blätter für Genossenschaftswesen
BörseG	österreichisches Börsegesetz
BörsG	Börsengesetz
BörsO	Börsenordnung
BörsZulVO	Börsenzulassungsverordnung
Boston Coll.L.Rev.	Boston College Law Review
Boston U.L.Rev.	Boston University Law Review
BR-Drucks.	Drucksachen des Bundesrates
Brooklyn L.Rev.	Brooklyn Law Review
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
Bull.	Bulletin
Bus.Lawyer	The Business Lawyer
Bus.Law Rev.	Business Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
Cal.L.Rev.	California Law Review
Can.L.Times	Canadian Law Times
C.F.R.	Code of Federal Regulations
Cir.	Circuit
Cmd.	Command Papers
COB	Commission des Opérations de Bourse
Colum.Bus.L.Rev.	Columbia Business Law Review
Colum.J.Transn.L.	Columbia Journal of Transnational Law
Colum.L.Rev.	Columbia Law Review
Common Market L.Rev.	Common Market Law Review
Comp.Int.L.J.So.Afr.	The Comparative and International Law Journal of Southern Africa
Comp.Lawyer	The Company Lawyer
Comp.Sec.L.J.	Company and Securities Law Journal
Cong.Rec.	Congressional Records
CR	Computer und Recht
DAI	Deutsches Anwaltinstitut
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb
DBW	Die Betriebswirtschaft

D.C.	District of Columbia
Del.J.Corp.L.	Delaware Journal of Corporate Law
Del.Laws	Laws of Delaware
Del.Rev.Code	Revised Code of Delaware
Detroit Coll.L.Rev.	Detroit College Law Review
DFG	Deutsche Freiwillige Gerichtsbarkeit
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DR	Deutsches Recht
DStR	Deutsches Steuerrecht
DTB	Deutsche Terminbörse
DTC	Depository Trust Company
Duke L.J.	Duke Law Journal
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EBR	Europäischer Betriebsrat
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EWG-KartVO	Verordnung Nr. 17, Erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages vom 6.2.1962, ABl.EG 1962, 204
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWiV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
Eu.L.Rev.	European Law Review
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
FASB	Federal Accounting Standards Board
FEE	Fédération des Experts Comptables Européens
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fin.Man.	Financial Management
Fin.Times Bus.L.Eur.	Financial Times Business Laws of Europe
FKVO	Fusionskontrollverordnung
Fordham L.Rev.	Fordham Law Review
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
GbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
Gen	Genossenschaft
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften
Geo.Wash.L.Rev.	The George Washington Law Review
GeschMG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen
GesRZ	Der Gesellschafter
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbH-Rdsch	GmbH-Rundschau
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GrünhutsZ	Grünhuts Zeitschrift für das private und das öffentliche Recht
GS	Gesetzessammlung
GvG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.A.	herrschende Ansicht
HGB	Handelsgesetzbuch
HmbJbWirtGesPol	Hamburger Jahrbuch für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichts-Zeitschrift
Harv.Bus.Rev.	Harvard Business Review
Harv.Int.L.J.	Harvard International Law Journal
Harv.J.Law Pub.Pol.	Harvard Journal of Law and Public Policy
Harv.L.Rev.	Harvard Law Review
Hastings Int.Comp.L.Rev.	Hastings International and Comparative Law Review
Hastings L.J.	Hastings Law Journal
h.M.	herrschende Meinung
How.L.Rev.	Howard Law Review
Hrsg./hrsgg.	Herausgeber/herausgegeben
IAS	International Accounting Standards
IASC	International Accounting Standards Committee
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IDS	Integrated Disclosure System
IdW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IJVO	Jahreshefte der Internationalen Juristenvereinigung Osnabrück
Int.Leg.Stud.	International Legal Studies
InsO	Insolvenzordnung
Int.Fin.L.Rev.	International Financial Law Review
Int.J.Leg.Prof.	International Journal of the Legal Profession
Int.Lawyer	The International Lawyer
Int.Rev.L.Econ.	International Review of Law and Economics
IOSCO	International Organization of Securities Commissions
i.S.d.	im Sinne der/des
IStR	Internationales Steuerrecht
i.V.m.	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe
JA	Juristische Arbeitsblätter
J.Acc.	Journal of Accountancy
J.Acc.Econ.	Journal of Accounting and Economics
J.Acc.Res.	Journal of Accounting Research
J.App.Corp.Fin.	Journal of Applied Corporate Finance
JBl.	Juristische Blätter

J.Bus.	Journal of Business
J.Bus.Fin.Acc.	Journal of Business, Finance and Accounting
J.Corp.Fin.	Journal of Corporate Finance
J.Corp.L.	Journal of Corporation Law
J.Econ.Lit.	The Journal of Economic Literature
J.Fin.	Journal of Finance
J.Fin.Econ.	Journal of Financial Economics
J.Fin.Reg.Compliance	Journal of Financial Regulation and Compliance
J.I.B.L.	Journal of International Banking Law
J.Int.Bus.L.	Journal of International Business Law
J.Law Econ.	Journal of Law and Economics
J.L.Econ.Org.	Journal of Law, Economics and Organization
J.Leg.Hist.	Journal of Legal History
J.O.	Journal Officiel
J.Pol.Econ.	Journal of Political Economy
J.Portfolio Man.	Journal of Portfolio Management
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KAEG	Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Kosten-, Stempel- und Strafsachen
KO	Konkursordnung
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht (Konkurs- und Treuhand-Sanierung)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
Ky.L.	Kentucky Laws
LG	Landgericht
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen
m.a.W.	mit anderen Worten
Mich.L.Rev.	Michigan Law Review
Minn.L.Rev.	Minnesota Law Review
MitbestGespr.	Mitbestimmungsgespräche
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NASD	National Association of Securities Dealers
NASDAQ	National Association of Securities Dealers Automated Quotations

N.C.J.Int.L.Com.Reg.	North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation
N.C.L.Rev.	North Carolina Law Review
n.F.	neue Fassung
N.J.	New Jersey
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
Nw.J.Int.L.Bus.	Northwestern Journal of International Law and Business
NYSE	New York Stock Exchange
N.Y.U.J.Int.L.Pol.	New York University Journal of International Law and Politics
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv
öst.FBG	österreichisches Firmenbuchgesetz
öst.HGB	österreichisches Handelsgesetzbuch
OG/OGer	Obergericht
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
oHG	offene Handelsgesellschaft
o.J.	ohne Jahresangabe
OLG	Oberlandesgericht
OLGRspr.	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts
o.O.	ohne Ortsangabe
OR	Obligationenrecht
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
OTC	over the counter
Oxford J.Leg.Studies	Oxford Journal of Legal Studies
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
PatG	Patentgesetz
Pol.Sci.Q.	Political Science Quarterly
PStG	Personenstandsgesetz
PublG	Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen
Q.J.Econ.	Quarterly Journal of Economics
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
RegE	Regierungsentwurf
REStG	Reichseinkommensteuergesetz
Rev.prat.soc.	Revue pratique des sociétés
Rev.trim.dr.com.	Revue trimestrielle de droit commerciale
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt.	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

Riv.dr.com.	Rivista del diritto commerciale e del diritto generale delle obbligazioni
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RMBL	Reichsministerialblatt
ROHG	Reichsoberhandelsgericht
RPfl	Der Deutsche Rechtspfleger
S./s.	Seite/siehe
SA	Securities Act
SAG	Die schweizerische Aktiengesellschaft
San Diego L.Rev.	San Diego Law Review
schw.	schweizerische, -r, -s
schw.KartG	schweizerisches Kartellgesetz
schw.ZGB	schweizerisches Zivilgesetzbuch
S.Ct.	Supreme Court
SEA	Securities Exchange Act
SEC	Securities and Exchange Commission
Sec.Reg.L.J.	Securities Regulation Law Journal
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
So.Cal.L.Rev.	Southern California Law Review
StGB	Strafgesetzbuch
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
Tenn.Laws	Laws of Tennessee
Tex.L.Rev.	Texas Law Review
Tulane L.Rev.	Tulane Law Review
u.a.	und andere/unter anderem
UBGG	Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften
U.Chi.L.Rev.	University of Chicago Law Review
UCLA L.Rev.	University of Los Angeles Law Review
UmwG	Umwandlungsgesetz
U.Pa.L.Rev.	University of Pennsylvania Law Review
UrhG	Urheberrechtsgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Va.J.Int.L.	Virginia Journal of International Law
Va.L.Rev.	Virginia Law Review
vgl.	vergleiche
VglO	Vergleichsordnung
VerkProspG	Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz
VerkProspVO	Verordnung über die Wertpapier-Verkaufsprospekte
VersWirt	Versicherungswirtschaft
VO	Verordnung
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
Wash.U.L.Q.	Washington University Law Quarterly
WBl.	Wirtschaftsrechtliche Blätter

WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
WiSta	Wirtschaft und Statistik
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel
WPK-Mitt	Wirtschaftsprüferkammer-Mitteilungen
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WuW/E	Wirtschaft und Wettbewerb - Entscheidungssammlung zum Kartellrecht
Yale L.J.	Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bank- und Börsenrecht
ZBJV	Zeitschrift des bernischen Juristenvereins
Z.f.ausl.int.Priv.R.	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZgesKredW	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHdlwF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht

Verzeichnis der zitierten EU-Rechtsvorschriften

1. Richtlinie

(auch Publizitätsrichtlinie) Richtlinie über die Publizität, die Vertretungsmacht der Organe und die Nichtigkeit von Gesellschaften vom 9.3.1968 (68/151/EWG) ABl. EG Nr. L 65 vom 14.3.1968, 8

4. Richtlinie

(auch Jahresabschlußrichtlinie und Bilanzrichtlinie) Richtlinie über den Jahresabschluß von Kapitalgesellschaften vom 25.7.1978 (78/660/EWG) ABl. EG Nr. L 222 vom 14.8.1978, 11

7. Richtlinie

(auch Richtlinie über den konsolidierten Jahresabschluß und Konzernbilanzrichtlinie) Richtlinie über den konsolidierten Jahresabschluß vom 13.6.1983 (83/349/EWG) ABl. EG Nr. L 193 vom 18.7.1983, 1

8. Richtlinie

(auch Prüferbefähigungsrichtlinie) Richtlinie über die Zulassung von Abschlußprüfern vom 10.4.1984 (84/253/EWG) ABl. EG Nr. L 126 vom 12.5.1984, 20

9. Richtlinie

(auch Konzernrechtsrichtlinie) Geänderter Vorentwurf einer Richtlinie über das Konzernrecht von 1984, DOK Nr. III/1639/84, abgedruckt in ZGR 1985, 444 sowie bei Lutter, Europäisches Unternehmensrecht, 244

11. Richtlinie

(auch Zweigniederlassungsrichtlinie) Richtlinie über die handelsrechtliche Publizität von Zweigniederlassungen vom 22.11.1989 (89/666/EWG), ABl. EG Nr. L 395 vom 30.12.1989, 36

13. Richtlinie

(auch Takeoverrichtlinie, Übernahmerrichtlinie und Richtlinie über Übernahmeangebote) Geänderter Vorschlag einer Richtlinie betreffend Übernahmeangebote vom 10.9.1990, ABl. EG Nr. C 240 vom 26.9.1990, 7

Bankbilanzrichtlinie

Richtlinie über den Jahresabschluß und den konsolidierten Abschluß von Banken und anderen Finanzinstituten vom 8.12.1986 (86/635/EWG), ABl. EG Nr. L 372 vom 31.12.1986, 1

Bankenzweigniederlassungsrichtlinie

Richtlinie über die Pflichten der in einem Mitgliedstaat eingerichteten Zweigniederlassungen von Kreditinstituten und Finanzinstituten mit Sitz außerhalb dieses Mitgliedstaates zur Offenlegung von Jahresabschlußunterlagen vom 13.2.1989 (89/117/EWG), ABl. EG Nr. L 44 vom 16.2.1989, 40

Beteiligungsinformationsrichtlinie

s. Transparenzrichtlinie

Bilanzrichtlinie

s. 4. Richtlinie

Börsenprospektrichtlinie

s. Börsenzulassungsprospektrichtlinie

Börsenzulassungsprospektrichtlinie

(auch Börsenprospektrichtlinie oder Prospektrichtlinie) Richtlinie zur Koordinierung der Bedingungen für die Erstellung, die Kontrolle und die Verbreitung des Prospektes, der für die Zulassung von Wertpapieren zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse zu veröffentlichen ist vom 17.3.1980 (80/390/EWG), ABl. EG 1980 Nr. L 100 vom 17.4.1980, 1

Börsenzulassungsrichtlinie

Richtlinie zur Koordinierung der Bedingungen für die Zulassung von Wertpapieren zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse vom 5.3.1979 (79/279/EWG), ABl. EG 1979 Nr. L 66 vom 16.3.1979, 21

EBR-Richtlinie

Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrates oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen vom 22.9.1994 (94/45/EWG), ABl. EG Nr. L 254 vom 30.9.1994, 64

Emissionsprospektrichtlinie

(auch Emissionsrichtlinie, Prospektrichtlinie, Verkaufsprospektrichtlinie, Wertpapierangebotsrichtlinie oder Wertpapierverkaufsrichtlinie) Richtlinie zur Koordinierung der Bedingungen für die Erstellung, Kontrolle und Verbreitung des Prospekts, der im Falle öffentlicher Angebote von Wertpapieren zu veröffentlichen ist vom 17.4.1989, (89/298/EWG), ABl. EG Nr. 124 vom 5.5.1989, 8

Emissionsrichtlinie

s. Emissionsprospektrichtlinie

EWG-KartVO

Verordnung Nr. 17: Erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages vom 6.2.1962, ABl. EG 1962, 204 (vom 21.2.1962)

Fusionskontrollverordnung

Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen vom 21.12.1989 (Nr. 4064/89), ABl. EG Nr. L 395 vom 30.12.1989, 1

GmbH & Co. KG-Richtlinie

Richtlinie vom 8.11.1990 (90/605/EWG), ABl. EG Nr. L 317 vom 16.11.1990, 60

Halbjahresberichtsrichtlinie

(auch Zwischenberichtsrichtlinie) Richtlinie über regelmäßige Informationen, die von Gesellschaften zu veröffentlichen sind, deren Aktien zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse zugelassen sind vom 15.2.1982 (82/121/EWG), ABl. EG Nr. L 48 vom 20.2.1982, 26

Informationsrichtlinie

s. Vredeling-Richtlinie

Insiderrichtlinie

Richtlinie zur Koordinierung der Vorschriften betreffend Insider-Geschäfte vom 13.11.1989 (89/592/EWG), ABl. EG Nr. L 334 vom 18.11.1989, 30

Investmentrichtlinie

s. OGAW-Richtlinie

Jahresabschlußrichtlinie

s. 4. Richtlinie

Konzernbilanzrichtlinie

s. 7. Richtlinie

Konzernrechtsrichtlinie

s. 9. Richtlinie

Mittelstandsrichtlinie

Richtlinie vom 8.11.1990 (90/604/EWG), ABl. EG Nr. L 317 vom 16.11.1990, 57

OGAW-Richtlinie

(auch Investmentrichtlinie) Richtlinie 85/611/EWG des Rates vom 20.12.1985

Prospektrichtlinie

s. Börsenzulassungsprospektrichtlinie und Emissionsprospektrichtlinie

Prüferbefähigungsrichtlinie

s. 8. Richtlinie

Publizitätsrichtlinie

s. 1. Richtlinie

Richtlinie 94/8/EWG

vom 21.3.1994, ABl. EG Nr. L 82 vom 25.3.1994, 33

Richtlinie über den konsolidierten Jahresabschluß

s. 7. Richtlinie

Richtlinie über Übernahmeangebote

s. 13. Richtlinie

Takeoverrichtlinie

s. 13. Richtlinie

Transparenzrichtlinie

(auch Beteiligungsinformationsrichtlinie) Richtlinie über die bei Erwerb und Veräußerung einer bedeutenden Beteiligung an einer börsennotierten Gesellschaft zu veröffentlichenden Informationen vom 12.12.1988 (88/627/EWG), ABl. EG Nr. L 348 vom 17.12.1988, 62

Übernehmerrichtlinie

s. 13. Richtlinie

Verkaufsprospektrichtlinie

s. Emissionsprospektrichtlinie

Versicherungsbilanzrichtlinie

Richtlinie über den Jahresabschluß und den konsolidierten Jahresabschluß von Versicherungsunternehmen vom 19.12.1991 (91/674/EWG), ABl. EG Nr. L 374 vom 31.12.1991, 7

Vredeling-Richtlinie

(auch Informationsrichtlinie) Geänderter Vorschlag einer Richtlinie über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer von Unternehmen mit komplexer, insbesondere transnationaler Struktur vom 8.7.1983, ABl. EG Nr. C 217 vom 12.8.1983, 3

Wertpapierangebotsrichtlinie

s. Emissionsprospektrichtlinie

Wertpapierdienstleistungsrichtlinie

Richtlinie über Wertpapierdienstleistungen vom 10.5.1993 (93/22/EWG), ABl. EG
Nr. L 141 vom 11.6.1993, 27

Wertpapierverkaufsprospektrichtlinie

s. Emissionsprospektrichtlinie

Zweigniederlassungsrichtlinie

s. 11. Richtlinie

Zwischenberichtsrichtlinie

s. Halbjahresberichtsrichtlinie

Einleitung

Unternehmenspublizität als Untersuchungsgegenstand

1. Kapitel

Der Status quo

Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel, elektrisches Licht ist die beste Polizei. – Mit diesen beiden Metaphern beschreibt im Jahre 1914 der große amerikanische Jurist *Louis Brandeis* in seinem Buch „Other People’s Money – and How the Bankers Use it“ die idealtypische Wirkungsweise von Publizität im Wirtschaftsleben in einer Anschaulichkeit und Prägnanz, die seither unerreicht geblieben ist.¹ Zwar hat der Gesetzgeber in den USA wie in Europa bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Einsicht in diese Wirkungsweise punktuell, nämlich im Aktienrecht beherzigt: Mit der Gründungspublizität wurden die schlimmsten Auswüchse des Gründungsbooms auf beiden Seiten des Atlantiks durchaus erfolgreich bekämpft. Doch sollte es bis weit in das zwanzigste Jahrhundert hinein dauern, bis sich die Offenlegung von Unternehmensdaten auf breiter Front auch in anderen Bereichen des Wirtschaftsrechts als Mittel zur Herstellung und Erhaltung von Märkten durchsetzen konnte. Dabei mußte der Publizität im Handels- und Gesellschaftsrecht wiederholt „von oben“ zum Durchbruch verholfen werden, so etwa zu Beginn der dreißiger Jahre in den USA, wo der Bundesgesetzgeber dem einzelstaatlichen Gesellschaftsrecht kapitalmarktrechtliche Offenlegungspflichten an die Seite gestellt hat, oder seit Beginn der sechziger Jahre in Europa, wo zunächst die handelsrechtliche Publizität und sodann in der Mitte der achtziger Jahre die Einzel- und die Konzernabschlußpublizität durch europäische Richtlinien ganz erheblich ausgebaut worden sind.

Heute ist Unternehmenspublizität eines der zentralen Regelungsinstrumente, auf die der Gesetzgeber im Wirtschaftsrecht vertraut. Publizität umfaßt ein breites Spektrum unterschiedlicher Erscheinungsformen, angefangen bei der Registerpublizität (Handels-, Kartell-, Vereins-, Genossenschafts- und neuer-

¹ Im englischen Original heißt es auf S. 62: „Publicity is justly commended as a remedy for social and industrial diseases. Sunlight is said to be the best of disinfectants; electric light the most efficient policeman.“ – Das Buch gibt eine Artikelserie wieder, die in *Harper’s Magazine* zwischen dem 16. August 1913 und dem 17. Januar 1914 erschienen war.

dings Partnerschaftsregister) über die Rechnungslegungs- bzw. Jahresabschlußpublizität, die Publizität der Hauptversammlung (namentlich das Auskunftsrecht des Aktionärs) und die Insolvenzpубlizität sowie die branchenspezifische Publizität (Banken-, Versicherungs-, Kapitalanlagegesellschaftspublizität) bis hin zur Börsen-, Emissions- bzw. Kapitalmarktpublizität. In jüngerer Zeit hat sich der Gesetzgeber statt inhaltlicher Regelungen im Wertpapierhandelsgesetz von 1994 (WpHG) klar für Prospekt-, Ad hoc- und Beteiligungspublizität entschieden. Auch für die Zukunft wird die Verbesserung der Publizität namentlich auf dem Kapitalmarkt, etwa durch Öffnung gegenüber „international anerkannten Standards“, durch „qualitativ verbesserte wie zeitnahe Berichterstattung“ (namentlich durch Einführung der Kapitalflußrechnung als viertem Bestandteil des Jahresabschlusses sowie durch Segmentberichterstattung), durch „breiten Informations-Direktzugang zum Finanzmarkt“, durch „Publikation weiterer Indices“ sowie durch den „Ausweis auch von Umsätzen und Volatilitäten neben den Kursen“, ferner durch Ermittlung des Gewinns pro Aktie, als „wichtiges Handlungsfeld“ angesehen.² Man mag diese Liste noch um das Postulat der Transparenz in bezug auf stille Reserven bzw. deren Auflösung ergänzen.³

Gehört also das Publizitätsprinzip – ähnlich wie etwa der Vertrauensgrundsatz – zu den zentralen Grundsätzen unseres Wirtschaftsrechts, so ist andererseits zu konstatieren, daß, wie *Wiedemann* schon vor Jahren festgestellt hat, eine durchgehende Publizitätstheorie oder -dogmatik im deutschen Handels- und Wirtschaftsrecht fehlt.⁴ Diese Feststellung ist unvermindert gültig. Daher erscheint eine der Bedeutung der Unternehmenspublizität angemessene ebenso allgemeine wie grundlegende rechtsdogmatische Untersuchung gerechtfertigt, die sich mit Ansatz, Funktion und Reichweite der Publizität auseinandersetzt. Eine die Einzelbereiche übergreifende rechtsdogmatische Theorie der Unternehmenspublizität erscheint umso näherliegend, als sich seit langem Vereinheitlichungstendenzen beobachten lassen (etwa die Entwicklung der rechtsformübergreifenden Publizität), die auf strukturelle und funktionale Gemeinsamkeiten oder wenigstens Parallelen hinweisen. Hinzu kommt, daß die herkömmlichen Formen der Unternehmenspublizität in jüngerer Zeit zum einen erweitert werden (z.B. durch die Prognosepublizität) und zum anderen durch neue Formen ergänzt werden, etwa durch die Ad hoc-Publizität des Ka-

² Alle Zitate aus „Bericht der Koalitionsarbeitsgruppe Kapitalmarktkonzept“, unveröffentlicht, Bonn 1997, S. 6 und 10.

³ Aus internationaler und besonders anglo-amerikanischer Sicht stößt die nach deutschem Recht zulässige Bildung stiller Reserven – im englischen spricht man nüchtern von „hidden reserves“ – regelmäßig auf Kritik, *Baetge/Ross*, „fair presentation“, 29, 40 f.; *Siebert*, Grundlagen, 412 ff.

⁴ *Wiedemann*, Gesellschaftsrecht, 575, ähnlich bereits einige Jahre zuvor *Rittner*, Publizität, 5.

pitalmarktrechts und durch die zunehmend bedeutsame freiwillige Publizität, in Gestalt der Finanzkommunikation, der Investor Relations und des Rating, um nur drei prominente Beispiele zu nennen.

Gleichzeitig löst das immer weitere Ausgreifen der Unternehmenspublizität angesichts des dem Einzelnen ebenso wie dem Gemeinwesen drohenden „informational overkill“⁵ sozusagen als natürliche Gegenreaktion das Bedürfnis nach Deregulierung und Reduktion aus.⁶ Zur Begründung verweist man vornehmlich in Deutschland – andernorts hat dieses Argument interessanterweise keinen vergleichbaren Stellenwert – auf die Kosten der Unternehmenspublizität speziell für kleine und mittlere Unternehmen.⁷ Integration statt Expansion von Publizität und Publizitätspflichten, Qualität statt Quantität scheint das Gebot der Stunde zu lauten.⁸ Auch diese rechtstatsächlichen Befunde verlangen nach Berücksichtigung bei einer eingehenden Analyse der Unternehmenspublizität.

Eng mit dem Problem der Überinformation verknüpft, wenn nicht sogar ursächlich dafür ist schließlich die rasante Entwicklung der Kommunikationstechnik, die für die Publizität gänzlich neue Medien und Dimensionen eröffnet. Die Auswirkungen der neuen Telekommunikationstechnologien auf die Produktion, Übermittlung und Verarbeitung publizierter Informationen in einem zunehmend international angelegten Markt sind noch nicht abzusehen. Das gilt namentlich in bezug auf die Bedeutung des Internet für die Unternehmenspublizität.⁹ Die aktuellen Diskussionsbeiträge verharren notgedrungen auf dem heutigen Stand der Technik bzw. auf dem heute Vorstellbaren und können nur Momentaufnahmen sein.¹⁰

⁵ Zur Informationsüberflutung in der „totalen“ Informationsgesellschaft *Hecker*, Informationsüberflutung und deren Vermeidung; empirische Angaben zur Überforderung von Führungskräften durch Überinformation finden sich in „Forschung und Lehre“ 1999, 118.

⁶ Dazu hat die Europäische Kommission bereits erste Schritte in die Wege geleitet: Im Sommer 1998 wurde beschlossen, im Zuge der sogenannten Slim-Phase IV (simpler legislation for the internal market) auch das Gesellschaftsrecht auf etwaigen Deregulierungsbedarf zu prüfen, dazu *Wiesner*, EuZW 1998, 619; zur ökonomischen Fundierung dieser Deregulierung *Buchwitz*, Außenwirtschaft 53 (1998) 553.

⁷ Dieses Argument ist speziell bei der Diskussion um die 4. und 7. Richtlinie und die GmbH & Co. KG-Richtlinie aufgetaucht, siehe exemplarisch und besonders nachdrücklich *Bader/Pietsch/Schulze zur Wiesche*, Flucht aus der Publizität, im Vorwort; weitere Nachweise bei *Friauf*, GmbH-Rdsch 1991, 397, 399 in den dortigen Fn.

⁸ Zu den Problemen und Gefahren der Überinformation *Clemm*, Festschrift Forster, 155, 161 sowie *Schredelseker/Kopetsch/Maybüchen*, Publizität, 214 mit Kommentar von *Waltz*, 246.

⁹ Dazu *Deller/Stubenrath/Weber*, DB 1997, 1577; *Riegger/Mutter*, ZIP 1998, 637; auch *Möllers*, ZGR 1997, 359.

¹⁰ *Seibert*, WM 1997, 1, 8; im Rahmen der soeben erwähnten Slim-Initiative wird bei der 1. Richtlinie daran gedacht, zur externen und internen Kommunikation neue digitale Technologien im Gesellschaftsrecht zuzulassen, *Wiesner*, EuZW 1998, 619.

Auch ungeachtet dieser aktuellen Tendenzen sträubt man sich heutzutage¹¹ trotz des angedeuteten Befundes noch verbreitet, von einem „Prinzip der Publizität“,¹² von einem „abgegrenzten Rechtsinstitut der Publizität“ oder auch nur von einem „allgemeinen Begriff der Publizität“ zu sprechen.¹³ Ganz in Übereinstimmung mit solchen eher begrifflichen Vorbehalten wird verschiedentlich die Ansicht vertreten, daß zwischen der gesellschaftsrechtlichen Publizität (Rechtsform-, Konzern- und Größenpublizität) und den übrigen Publizitätsformen grundlegende Unterschiede bestünden. Die übrigen Formen (Kartell-, Branchen-, Börsen-, Insolvenz- und Handelsregisterpublizität) gehörten in andere systematische (und damit Wertungs-) Zusammenhänge und seien de lege ferenda an ihrem Platz zu behandeln.¹⁴ Eine darüber hinausgreifende „Entwicklung einer allgemeinen Theorie der Unternehmenspublizität dürfte weder für die rechtsdogmatische noch für die rechtspolitische Diskussion von Ertrag sein.“¹⁵ Verwunderlich erscheint diese Sichtweise deshalb, weil mit ihr ein Verdikt über eine Theorie ergeht, deren Formulierung oder sogar Ausarbeitung – wie gesagt – bislang noch gar nicht versucht worden ist.¹⁶

Durchaus zahlreich sind hingegen Untersuchungen zur Publizität in einzelnen handels- und wirtschaftsrechtlichen Sachgebieten, etwa dem Registerrecht, dem Bilanzrecht oder dem Börsenrecht. So stand in den fünfziger und sechziger Jahren, d.h. am Vorabend der Aktienrechtsreform die aktienrechtliche Publizität im Mittelpunkt der Diskussion. Zu erwähnen sind hier etwa der richtungweisende Aufsatz von *Georg Döllner* zum „Zweck der aktienrechtlichen Publizität“,¹⁷ die Abhandlung von *Heinrich Kronstein* und *Carsten P. Claussen* zu „Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht“ aus dem Jahre 1960, ferner die Vorträge und Diskussionsbeiträge zu dem von *Carl Hans Barz*

¹¹ Damit nicht gleichzusetzen ist – was *Rittner*, Publizität, 4 Fn. 17 übersieht – die spezielle Diskussion um die handelsrechtliche Registerpublizität, die um die Jahrhundertwende besonders intensiv geführt wurde, vgl. etwa *Mayer*, Das sogenannte Publizitätsprinzip im österreichischen Handelsrecht, *GrünhutsZ* 32 (1906) 245; *Pflug*, Das Prinzip der Publizität in Deutschland, Erlangen 1895; *Ramella*, Pubblicità nel moderno diritto, 1901; *Sulzer*, Das sogenannte Publizitätsprinzip des schweizerischen Handelsregisters, 1916; zur Diskussion über das Publizitätsprinzip näher im 1. Teil dieser Untersuchung.

¹² Etwa *Rittner*, Publizität, 119; dazu *Hopt*, Kapitalanlegerschutz, 289.

¹³ Beides bei *K. Schmidt*, Handelsrecht, 341.

¹⁴ *Rittner*, Publizität, 42 f.

¹⁵ *Nowotny*, Rechnungslegung, 217, der damit durchaus in Einklang steht mit der sehr zurückhaltenden Bewertung bei *Kastner/Doralt/Nowotny*, Grundriß, 47: „Das Modewort ‚Transparenz‘ wird in seiner unmittelbaren Bedeutung für eine gesunde Wirtschaft wohl etwas überschätzt.“

¹⁶ Immerhin läßt sich aus der älteren Literatur mit der Dissertation von *Fritz Mayer*, Das Publizitätsproblem in der Wirtschaft, 1930, eine Untersuchung nennen, die zumindest im Ansatz eine übergreifende Betrachtungsweise gewählt hat, wenngleich die Ausführungen in vielerlei Hinsicht an der Oberfläche bleiben bzw. angesichts der ungeheuren Breite des untersuchten Spektrums bleiben mußten.

¹⁷ BB 1958, 1281.

und anderen veranstalteten „Frankfurter Publizitätsgespräch“ im Jahre 1962, sodann das von *Fritz Rittner* für den Deutschen Juristentag 1964 erstattete Gutachten mit dem Titel „Die handelsrechtliche Publizität außerhalb der Aktiengesellschaft“ und der korrespondierende Aufsatz von *Heinrich Kronstein* mit dem Titel „Die Publizität außerhalb der Aktiengesellschaft“.¹⁸ Eine dogmatische Untersuchung speziell zur Publizität des Handelsregisters und namentlich zum Verhältnis der Registerpublizität zur Rechtsscheinhaftung findet sich schließlich in der Habilitation von *Claus-Wilhelm Canaris*.¹⁹

In den siebziger und achtziger Jahren standen sodann der anlegerschutzrechtliche und kapitalmarktrechtliche Aspekt der Publizität im Vordergrund. Zu nennen sind hier insbesondere die Habilitationsschrift von *Klaus J. Hopt* aus dem Jahre 1975²⁰ sowie das von ihm für den Deutschen Juristentag 1976 erstattete Gutachten,²¹ ferner sein Aufsatz mit dem Titel „Die Publizität von Kapitalgesellschaften“²², sodann die Habilitationsschrift von *Eberhardt Schwark* aus dem Jahre 1979²³ sowie die Habilitationsschrift von *Heinz-Dieter Assmann* aus dem Jahre 1985.²⁴ Aus einem komplementären Blickwinkel, nämlich aus Sicht des Unternehmens und unter dem Aspekt des Schutzes seines Persönlichkeitsrechts, setzte sich *Nicolas Druey* in seiner im Jahre 1977 erschienenen Habilitationsschrift zum Thema „Geheimsphäre des Unternehmens“ mit der gesellschaftsrechtlichen Publizität auseinander.

Aus neuerer Zeit ist die Habilitation von *Christian J. Meier-Schatz* aus dem Jahre 1989 zu erwähnen.²⁵ In dieser überaus verdienstvollen Arbeit wird erstmals der Versuch unternommen, Unternehmenspublizität als ein das gesamte Wirtschaftsrecht übergreifendes Phänomen zu konzeptionalisieren und auf seine Leistungsfähigkeit hin zu prüfen, wenngleich zu eigentlichen Untersuchungsobjekten allein die Publizität der Finanzbilanz und die Publizität der gesellschaftsbezogenen Rechnungslegung gewählt werden. Darunter leidet besonders angesichts der – auch von ihm selbst eingeräumten – beschränkten Bedeutung der gesellschaftsbezogenen Rechnungslegung zwangsläufig die Überzeugungskraft der allgemeinen Schlußfolgerungen.

¹⁸ BB 1964, 1055.

¹⁹ Die Vertrauenshaftung im deutschen Privatrecht, München 1971, insbesondere 151 ff.

²⁰ Der Kapitalanlegerschutz im Recht der Banken, 162 ff., 304 ff., 382 ff.

²¹ Inwieweit empfiehlt sich eine allgemeine gesetzliche Regelung des Anlegerschutzes?, 88 f., 100 ff.

²² ZGR 1980, 225.

²³ Anlegerschutz durch Wirtschaftsrecht, 171 ff., 236 f.

²⁴ Prospekthaftung, passim.

²⁵ Wirtschaftsrecht und Unternehmenspublizität; siehe auch *ders.*, Am.J.Comp.L. 34 (1986) 271 sowie *ders.*, ZSR 108 (1989) 433.

2. Kapitel

Publizität als rechtliche Kategorie

I. Mehrdeutigkeit des Begriffs

Einen feststehenden rechtlichen Begriff der Publizität gibt es im deutschen Recht nicht. Insbesondere eine Legaldefinition fehlt, was seinen Grund schlicht darin findet, daß der Begriff der Publizität oder des Publizierens im Gesetz nicht vorkommt.²⁶ Verwendet werden dort, wo es um Publizität geht, in aller Regel die Begriffe „Offenlegung“²⁷ und „Bekanntmachung“,²⁸ neuerdings auch „Veröffentlichung“,²⁹ und zwar synonym und ohne erkennbares System. Die Juristen selbst verwenden den Begriff der Publizität spätestens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.³⁰ Dabei setzen sie oftmals einen bestimmten Begriffsinhalt ohne nähere Erläuterung voraus³¹ oder greifen für die Begriffsbestimmung auf allgemeine oder ökonomische Literatur zurück.³²

Der Begriff der Publizität ist mehrdeutig.³³ Erstens bezeichnet er den Vorgang des Offenlegens bzw. Veröffentlichens, zweitens, als Resultat der Offenlegung, den Zustand des Öffentlichseins, der Offenkundigkeit bzw. der Bekanntheit.³⁴ Inhärent ist der Publizität die Öffentlichkeit bzw. das Publikum,³⁵ wor-

²⁶ Dies gilt namentlich für das Publizitätsgesetz, dessen gängige Bezeichnung von der amtlichen (Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen) abweicht.

²⁷ So etwa in § 325 HGB, dort in der Überschrift zum 4. Unterabschnitt des 2. Abschnitts des 3. Buches des HGB legaldefiniert als Einreichung zu einem Register sowie Bekanntmachung im Bundesanzeiger; ferner in § 9 PublG für die Abschlußpublizität; unglücklich ist die Verwendung des Begriffs Offenlegung in § 18 KWG, denn in dieser Regelung geht es um die Einsichtnahme des Kreditinstituts in die wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere die Jahresabschlüsse des Kreditnehmers, mithin um Information im zweiseitigen Verhältnis.

²⁸ So etwa in § 10 HGB für das Handelsregister.

²⁹ So etwa in § 44 b BörsG sowie in §§ 15, 25 und 26 WpHG.

³⁰ Ursprünglich wohl im Sachenrecht, etwa bei *Exner*, Das Publizitäts-Princip – Studien zum österreichischen Hypothekenrecht, 1870 und *Stobbe*, Handbuch, Band 2, 1882, 342; zur Entwicklung der Publizität im Fahnrecht auch *Meyer*, Das Publizitätsprinzip im Deutschen Bürgerlichen Recht, 1909; im Handelsrecht dann etwas später, etwa bei *Behrend*, Handelsrecht, Band 1, 1886, 226 f.

³¹ Etwa *Rittner*, Publizität, 3 Fn. 16; noch deutlicher *K. Schmidt*, Kartellverfahrensrecht, 293.

³² Definitionsversuche finden sich in großer Zahl, vor allem in der ökonomischen wie juristischen Dissertationsliteratur, etwa bei *Buschmeyer*, Publizität, 9 ff.; *Brunner*, Publizität, 13 ff.; *Fülbi*, Ad-hoc-Publizität, 21 f.; *Heyser*, Publizität, 5; *Hungerbühler*, Offenlegung, 9; *Kaden*, Going Public, 43 ff.; *Mühlhäuser*, Publizität, 6 f.; *Schindler*, Publizitätsvorschriften, 3.

³³ So auch *K. Schmidt*, Handelsrecht, § 11 I 1; *Hungerbühler*, Offenlegung, 9; aus der ökonomischen Literatur *Fülbi*, Ad-hoc-Publizität, 21 mit weiteren Nachweisen.

³⁴ Vgl. schon *Hundhausen*, Publizität, 26; zuweilen wurde in der Vergangenheit zwischen Publizität als bloßer Erkennbarkeit bzw. Möglichkeit zur Kenntnis und Notorietät im Sinne

unter gängigerweise eine Vielzahl nicht näher bestimmter Adressaten verstanden wird.³⁶

In anderen Ländern bzw. Rechtsordnungen ist für diesen Bedeutungsinhalt dort, wo eine gemeinsame romanische Sprachtradition existiert, ebenfalls eine Ableitung des lateinischen „publicitas“ gebräuchlich,³⁷ so im Französischen (publicité)³⁸ und im Italienischen (pubblicità).³⁹ Hingegen verwendet der anglo-amerikanische Rechtskreis seit jeher den Ausdruck disclosure,⁴⁰ der in seiner ursprünglichen Bedeutung nicht unmittelbar bzw. positiv die Veröffentlichung, sondern zunächst nur die Enthüllung bzw. das Beenden einer Geheimhaltung meint und mithin in seiner Bedeutung weiter ist.⁴¹

In der Rechtswissenschaft wird der Begriff der Publizität hingegen in bestimmten Zusammenhängen in einem sehr viel engeren Sinn verwendet. So wird etwa im Kontext des Handelsregisters unter Publizität einmal die Öffentlichkeit des Register (§§ 9, 10 HGB), zum anderen – in einem überaus technischen Sinn – „... die darauf gestützte Rechtsfolge, nämlich der Schutz derjenigen verstanden, die auf den mit der Offenlegung der Unternehmensverhältnisse bei unvollständiger oder unrichtiger Offenlegung geschaffenen Scheintatbestand vertrauen.“⁴² Vielfach bezieht man den Begriff der Publizität aber auch nur auf die Pflicht zur Veröffentlichung von Rechnungslegungsdaten.⁴³

der tatsächlichen Kenntnisnahme seitens der Allgemeinheit differenziert, etwa bei *Keim*, Publizitätsprinzip, 6 f.; aus neuerer Zeit zu dieser Unterscheidung *Moxter*, Publizitätsvorschriften, 1; *Fülbier*, Ad-hoc-Publizität, 22.

³⁵ Über den Begriff des Publikums wird die Publizität bereits bei *Endemann*, Handbuch, 346 und *Mayer*, Publizitätsproblem, 1 f. bestimmt; aus soziologischer Sicht wird der Publikumsbegriff untersucht bei *Neidhard*, Festschrift Mayntz, 315.

³⁶ Etwa *Fülbier*, Ad-hoc-Publizität, 21 f.

³⁷ Zu den lateinischen Wurzeln etwa *Adelberger*, Publizität, 1 ff.; *Brunner*, Publizität, 13; *Fülbier*, Ad-hoc-Publizität, 21; *Hungerbühler*, Offenlegung, 9; vgl. bereits *Keim*, Publizitätsprinzip, 6 f.

³⁸ *Diekmann*, Geschichte, passim.

³⁹ *Restino*, Riv.dr.com. 1998, 397, 412.

⁴⁰ Zur disclosure philosophy des US-amerikanischen Kapitalmarktrechts einführend etwa *Loss/Seligman*, Securities Regulation, Band I, 391; hingegen übersetzt *Bliesener*, Verhaltenspflichten, 269, den Begriff disclosure etwas unglücklich mit Aufklärungspflichten.

⁴¹ Speziell für das Veröffentlichende finden sich daher zuweilen auch die Begriffe to publish bzw. publication, exemplarisch Chapter 8 „Publication and Circulation of Listing Particulars“ der Listing Rules des London Stock Exchange. Demgegenüber ist speziell für die Finanzberichterstattung auch der Begriff des financial reporting gebräuchlich.

⁴² So GroßKomm HGB/*Hüffer*, HGB, § 15 HGB Rdnr. 7.

⁴³ *K. Schmidt*, Handelsrecht, § 11 I 2.

II. Publizität und Information

An dieser Stelle ist der Begriff der Publizität von zwei benachbarten Begriffen abzugrenzen. Zunächst ist mit Publizität nicht der Begriff *Information* gleichzusetzen oder zu verwechseln.⁴⁴ Publizität dient der Übermittlung von Information, bzw., in ökonomischer Diktion, dem Ausgleich von Informationsasymmetrien. Aber Information wird auch – und im Zivilrecht zuvörderst –⁴⁵ in Zwei- oder Mehrpersonenverhältnissen mit klar abgegrenztem Teilnehmerkreis übermittelt, nach Maßgabe vertraglicher oder gesetzlicher Informationspflichten. Auch im Wirtschaftsverwaltungsrecht und namentlich im Aufsichtsrecht sind Informations- bzw. Meldepflichten in zwei- oder mehrseitigen Verhältnissen ein wichtiges Mittel der Überwachung und Entscheidungsvorbereitung. Als Beispiel erwähnt sei die Pflicht der Kreditinstitute zur Anzeige von Millionenkrediten gegenüber der Bundesbank (Evidenzzentrale), damit diese im Wege der Rückmeldung den einzelnen Instituten Kenntnis geben kann, falls ein Schuldner bei verschiedenen Instituten Millionenkredite aufgenommen hat.⁴⁶ Diese gezielte Transparenz, deren Regelung ersichtlich und aus naheliegenden Gründen um größtmögliche Diskretion bemüht ist,⁴⁷ stellt sozusagen das eine Extrem auf der Skala der Formen von Informationsübermittlung dar.

Informationsübermittlung durch Publizität zielt demgegenüber auf einen unbestimmten, offenen Adressatenkreis.⁴⁸ Dabei kann Grundlage auch hier sowohl der Vertrag als auch das Gesetz sein. Als Beispiel für den ersten Fall läßt sich die – unten noch näher als solche zu begründende – Publizität der Hauptversammlung in der Publikumsaktiengesellschaft anführen. Es trifft zu, daß ein vertraglicher Informationsanspruch, typischerweise in der Form eines Auskunftsanspruchs, nur den Aktionären aufgrund der ihnen vertraglich eingeräumten Gesellschafterstellung zusteht (§ 131 AktG). Doch ist heutzutage unbestritten, daß die in Erfüllung des Anspruchs übermittelte Information einen

⁴⁴ Darauf machen auch *Altendorfer/Kalss/Oppitz*, Publizität, 113 speziell im Kontext der Börsenpublizität aufmerksam: Publizität fasse die Vielzahl der Mitteilungen und Informationen zusammen, die von den Emittenten bzw. deren Organen über die Lage des Unternehmens und seine wirtschaftliche Tätigkeit gegeben würden; soweit *Bliesener*, Verhaltenspflichten, 255, von „Informations- und Erkundigungspflichten gemäß der Disclosure-Philosophie der securities law“ spricht, ist also genau zu trennen zwischen bipolaren Informationspflichten auf der einen und (einseitig) multipolaren Offenlegungspflichten auf der anderen Seite, wenngleich beide natürlich anlegerschützend motiviert sind, was wiederum in den großen Rahmen der disclosure philosophy paßt.

⁴⁵ Im öffentlichen Recht wird ebenfalls zwischen Offenlegung und bloßer Information unterschieden. So gewährt etwa das Umweltinformationsgesetz lediglich freien Zugang zu bei den Behörden vorhandenen Umweltinformationen. Eine behördenseitige Offenlegung bzw. Publikation ist damit nicht verbunden, näher *Turiaux*, EuZW 1998, 716.

⁴⁶ § 14 KWG und dazu *Fischer*, in: *Schimansky/Bunte/Lwowski*, Bankrechtshandbuch, § 130 Rdnr. 29.

⁴⁷ Siehe nur § 14 Abs. 2 S. 2 KWG.

⁴⁸ Das betont schon *Rittner*, Publizität, 4.

viel weiteren Adressatenkreis erreicht, nämlich den Kreis aller, die als Teilnehmer auf den unterschiedlichen Märkten, auf denen sie der Gesellschaft gegenüber treten, ein Interesse an der Information haben. Der Aktionär, der sein vertragliches Auskunftsrecht geltend macht, repräsentiert mithin das allgemeine Publikum.⁴⁹ Anders verhält es sich etwa bei der Pflicht des Vorstands oder der Geschäftsleitung zur „Offenlegung“ bestimmter Umstände gegenüber der Gesellschaft.⁵⁰

Zu unterscheiden ist sodann die Unterrichtung breiter Adressatenkreise durch Einzelauskunft von der Publizität. So trifft es zwar zu, daß etwa die Handwerksrolle aufgrund des Einzelauskunftsrechts im Ergebnis wie Publizität etwa des Handelsregisters (Bekanntmachung) eine Unterrichtung einer größeren bzw. unbestimmten, anonymen Adressatengruppe bezweckt.⁵¹ Doch wird dieser Zweck in beiden Fällen auf prinzipiell unterschiedliche Weise erreicht. Beim Einzelauskunftsrecht ist der Adressatenkreis überschaubar und kontrollierbar. Die Wirkungsweise ist sehr viel beschränkter, denn die Information erreicht ausschließlich den aktiv Auskunftsuchenden. Publizität hingegen ist zumindest im Prinzip „radikaler“ und unkontrollierter in ihrer Wirkung.

Aus den dargelegten Gründen stößt auch die Begriffsbildung der *Allgemein*publizität und der *Individual*publizität auf Bedenken. *Hopt* bezeichnet mit dem Terminus Allgemeinpublizität die Offenlegung von Daten durch das Unternehmen, und zwar gegenüber dem allgemeinen Publikum. Individualpublizität bezeichnet demgegenüber die Weitergabe von Informationen gegenüber den Aktionären aufgrund aktienrechtlicher Pflichten sowie die Aufklärung und Beratung bei der Anlage- bzw. Umschichtungsentscheidung durch Kreditinstitute und andere Anlagehelfer des einzelnen Anlegers. Individualpublizität stelle die notwendige Mediatisierung der Allgemeinpublizität dar.⁵² *Ekkenga* spricht insoweit einerseits von den Aufklärungsprogrammen, die dem Publikum in toto angeboten werden (Allgemeinpublizität), und andererseits von den persönlichen Entscheidungshilfen (Individualpublizität).⁵³

Schon sprachlich vermag diese Begriffsbildung nicht zu überzeugen: So, wie der Begriff „Allgemein“-publizität eine Tautologie darstellt,⁵⁴ handelt es sich

⁴⁹ So schon *Hopt*, Kapitalanlegerschutz, 309, 334 sowie 459 unter Bezug auf *Rittner*, Publizität, 4 und *Goerdeler*, Publizität, 226; siehe auch *Hopt*, ZHR 141 (1977) 389, 404.

⁵⁰ Anders *Abelthausen*, Leitungshaftung, 276 ff., 282 und auch 228, der insoweit und in Anlehnung an den US-amerikanischen Rechtsbegriff „disclosure“ von Publizitätspflicht spricht, ohne zu berücksichtigen, daß die Bedeutung von „disclosure“ weiter ist als die Bedeutung von Publizität. Richtiger ist es, hier von einer reinen Informationspflicht zu sprechen, so auch *Abelthausen* selbst, aaO., etwa 228.

⁵¹ *Stober*, ZRP 1998, 224, 227.

⁵² *Hopt*, Kapitalanlegerschutz, 88 ff., 94 f., 468 ff.

⁵³ *Ekkenga*, Anlegerschutz, 396 und passim.

⁵⁴ Ähnliche Kritik schon bei *Mayer*, Publizitätsproblem, 10.

bei der „Individual“-publizität um eine *contradictio in adjecto*.⁵⁵ Denn die Publizität richtet sich, dies ergibt bereits der Wortstamm, immer an ein Publikum, sie ist nie eine individuell auf den einzelnen und seine Bedürfnisse abgestimmte Offenlegung.⁵⁶ Umgekehrt liegt dort, wo dem einzelnen persönliche Entscheidungshilfe geboten wird, gerade kein Mitteilung gegenüber dem allgemeinen Publikum vor.⁵⁷ Eine Offenlegung gegenüber einer bestimmten Einzelperson ist Informierung, Benachrichtigung, Unterrichtung, Inkenntnissetzung etc., aber keine Publikation, sie führt nicht zu Publizität, auch wenn sie sich natürlich publizierter Daten bedient und die Publikationen des Unternehmens zur Grundlage und zum Ausgangspunkt der individuellen Beratung nimmt.

Ein solches Begriffsverständnis sieht sich möglicherweise dem Einwand ausgesetzt, wie es denn mit jenen Fällen steht, in denen Informationen nicht gegenüber einer unbestimmten Vielzahl, sondern gegenüber einem begrenzten Kreis von Adressaten offengelegt werden, etwa im Fall der Hauptversammlungspublizität⁵⁸ oder der wertpapierhandelsrechtlichen Bereichsöffentlichkeit.⁵⁹ Entscheidend ist hier, ob die Information dem einzelnen bzw. der Gruppe als solcher gegeben wird oder ob die Informationsübermittlung an einzelne oder bestimmte Personen darauf zielt, daß die Information durch die Gruppe (als Informationsintermediär) an die Gesamtheit des Publikums weitergeleitet wird, sei es in unverarbeiteter Form (als verbale Information), sei es als verarbeitete Information in Gestalt von Signalen (Preissignalen).⁶⁰ Ersteres ist der Fall bei der Information der Bank gegenüber dem Anleger bzw. Kunden beim Anlagegeschäft. Hier wird nicht zu dem Zweck informiert, daß der Kunde die Information als solche bzw. in verarbeiteter Form weitergibt. Dies folgt schon

⁵⁵ Ähnlich schon die Begriffskritik bei *Fritz Mayer*, Publizitätsproblem, 10; vgl. auch *Buschmeyer*, Publizität, 9.

⁵⁶ So schon *Rittner*, Publizität, 4; dem wird man nicht den Vorwurf der Tautologie entgegenhalten können, denn beide Begriffe haben eine gemeinsame etymologische Wurzel, *Mayer*, Publizitätsproblem, 9 f.

⁵⁷ Bezeichnenderweise ist nach *Hopt*, Kapitalanlegerschutz, 94, der Ort, an dem Individualpublizität ihre Mediatisierungsfunktion erfüllen soll, das einzelne (regelmäßig: Zwei-Personen-) Rechtsverhältnis zwischen dem anlageberatenden Kreditinstitut und dem Anleger, wobei „Individualpublizität“ (gemeint: Aufklärung und Beratung) umso mehr geboten werden muß, je intensiver die geschäftliche Beziehung zwischen Bank und Anleger ist. Auch dies zeigt, daß es nicht um Publizität, sondern um eine andere, nämlich individuelle Form der Informationsvermittlung geht.

⁵⁸ Positivrechtlicher Anknüpfungspunkt ist hier das Auskunftsrecht des Aktionärs, § 131 AktG, vgl. dazu näher unten 4. Teil, 1. Kapitel, I. 4.

⁵⁹ Die Herstellung der Bereichsöffentlichkeit, d.h. die Information der professionellen Handelsteilnehmer in ihrer Gesamtheit wird als hinreichend angesehen, um sicherzustellen, daß sich die kursrelevanten Sachverhalte in den Börsenpreisen niederschlagen; eine darüber hinausgehende Information des breiten Anlegerpublikums ist nicht erforderlich, Begr. RegE zum 2. Finanzmarktförderungsgesetz, BT-Drucks. 12/6679, S. 46; *Kümpel*, in: *Assmann/Uwe H. Schneider* (Hrsg.), WpHG, § 15 WpHG Rdnr. 157.

⁶⁰ So bereits *Rittner*, Publizität, 4.

Register

- Abnehmer 407
Abschlussprüfung 106, 213, 298, 470,
471 f., 474, 479
Abwicklungsrisiko 298, 341
accredited investor 416
Aktienregulativ von 1899 102
Adressatenorientierungsgrundsatz 448,
452 f.
ADV-Firmenbuch 152
agency-cost-Ansatz 212, 214, 221, 321,
404
agent 212
Akerlof-Modell 348, 349
Aktienanalyse 396
Aktiengesellschaft 53, 74, 95, 99 f., 110,
142 f., 149, 159 f., 164, 173, 199, 204 f.
Aktiengesetz von 1870 62
Aktienmarketing 25
1. Aktienrechtsnovelle 62
2. Aktienrechtsnovelle 67, 78
Aktienrechtsreform 23, 94, 97 ff.
Aktionär 82, 92, 97, 161, 203, 212, 257 f.,
266 f., 282 f.
Aktionärsauskunftsrecht 25
Aktionärsbrief 433
Aktionärsinformation 100
Aktionärsinteressen 257, 268
Aktionärsschutz 66, 74, 100, 433, 452,
478
Aktionärsversammlung 102
Allfinanz-Unternehmen 479
Allgemeines Handelsgesetzbuch
(ADHGB) 45, 49, 50 f., 62
Allgemeines Landrecht 39
Allgemeinschutz 272
Allokationseffizienzprinzip 325 f.
Allokationsfunktion 314
alternative investment market (AIM) 176
Amerikanisierung 125
amtlicher Handel 364, 392
Angebotsprospekt 146 f.
Anlagefonds 160
Anlagegesellschaften 254
Anleger 123, 140, 145, 192, 219, 286
– aktueller 265, 440
– informierter 265, 318, 440 f.
– potentieller 265, 318, 440 f.
Anlegerschutz 62, 65, 102, 105, 107, 120,
147, 176, 261, 264, 278, 281, 284, 285 f.
293, 296, 298, 302 ff., 317, 326, 357,
371 f., 386, 393, 400, 416, 433, 478
Anlegerschutzdogmatik 254
Anleiheemission 143
annual report 186
Anteilsscheinprospekt 145, 147
anti-fraud-Bestimmungen 119
Antitrust Division 187
Arbeitnehmer 139, 215, 401 f., 406, 415
– ~information 405
Arbeitsrecht 222
articles of incorporation 184
auditor report 163
Aufsichtsrat 60, 63
Auskunftsrecht 165, 257 f., 263 f.
Auskunftsverweigerung 261
Auskunftsverweigerungsrecht 262
Auslandsinvestmentgesellschaft 177
Autonomie der Privatwirtschaft 83

Bank 100, 160
Bankbilanzrichtlinie 137
Bankenaufsicht 476, 478
Bankenzweigniederlassungsrichtlinie 109,
137, 178
Bankrecht 104
Bankruptcy Reform Act 293
basic information package (BIP) 186
Bekanntmachung 6
Bereichsöffentlichkeit 11
Berichterstattung, periodische 122
bespeaks caution-Lehre 462
Bestandsrisiko 341

- Betriebsgeheimnis 322
- Betriebsinterna 322
- Betriebsrat 402
- Bewertungsgrundsätze 255
 - Ansatzstetigkeitsgrundsatz 463
 - Bewertungsstetigkeit 255, 463
 - Einheitlichkeitsgebot 463 ff.
 - Einzelbewertungsprinzip 255
 - going-concern-Prinzip 255
 - Imparitätsprinzip 255
 - Maßgeblichkeitsgrundsatz 126, 317, 374, 397, 451
 - Niederstwertprinzip 255
 - Nominalwertprinzip 255
 - Realisationsprinzip 255
 - Stichtagsprinzip 255
 - Überbewertungsverbot 255
 - Vorsichtsprinzip 255, 317, 373 f., 397, 451, 492
- Bezugnahmeprospekt 416
- bilan social 406
- Bilanz 69, 94, 156
- Bilanzierungsgrundsätze 397, 399, 436, 444
- Bilanzierungsvorschriften 63, 214, 368, 398, 444
 - GAAP
 - IAS
- Bilanzrichtliniengesetz 101, 198
- Bilanzrecht 25, 137, 140, 254, 360, 482, 492
- Binnenschiffsregister 19
- Blue Sky Laws 116 f., 185, 310
- Board of Trade 91
- Börse 76, 364 f.
- Börsenaufsicht 476
- Börsengesetz 80, 102, 277
- Börsenhandel 364
- Börsennotierung 377
- Börsenplatz 326
- Börsenprospekt 144, 147
- Börsenrecht 492
- Börsenrechtsreform von 1968 443
- Börsenselbstverwaltung 477
- Börsenzulassung 364, 370
- Börsenzulassungsgesetz 443
- Börsenzulassungsprospekt 170, 281, 366
- Börsenzulassungsprospektrichtlinie 113, 141, 146
- Börsenzulassungsrichtlinie 113, 141, 142, 143
- Bonitätseinschätzung 485
- Brent-Spar-Fall 412
- Bubble Act 55
- Bürgerliches Recht 17
- Bulletin des annonces légales obligatoire 161, 174
- Bulletin officiel des annonces civiles et commerciales 91, 154, 182
- Bundesanzeiger 158, 168, 201
- Bundesaufsichtsamt
 - für das Kreditwesen 177
 - für den Wertpapierhandel 172
- Bundesbank 177
- Bundeskartellamt 270, 274, 324
- business corporation 184
- CalPERS 123
- capital asset pricing model 197
- capture theory 419
- cash flow statement 432
- caveat emptor 115, 119
- Centres de formalité des entreprises 153
- Centros-Entscheidung 134
- certificate of incorporation 184
- certificate of limited partnership 184
- City Code on Takeovers and Mergers 167, 175 f.
- Code de commerce 34, 44, 52, 55
- Code de Savary 37, 55
- Code Marillac (auch Code Michau) 37
- Code SIRENE 90, 153
- comforting effect 485
- Commissaires aux comptes 167
- Commission des opérations de bourse 105, 175
- Compagnie des Indes 41
- Companies Act 75, 77, 107 f., 110, 118, 163, 167
- Companies House 155
- company information 155
- company law 154
- Conseil de la concurrence 169
- Conseil des Bourses des Valeurs (CBV) 175
- Conseil de surveillance 60
- constituencies 403
- continuous reporting 185
- corporate governance 339, 340, 431
- culpa in contrahendo 171
- current report 186

- Daihatsu-Entscheidung 158, 318, 337, 376, 379, 406, 487
- Datenbank, private 427 ff.
- Dauerprospekt 142
- Delaware-Effekt 297
- deliktische Einstandspflicht 78
- Deliktshaftung 277
- Deliktsrecht 19
- Dichotomie, rechtsformtypisierende 361
- Dienstleistungsmarkt 394
- Director General of Fair Trading 169
- disclosure 7, 292
- disclosure laws 118
- disclosure philosophy 117 f., 121, 297, 311, 329, 338, 410
- disclosure-Prinzip 119, 227
- disclosure-System 193
- Discount-Geschäft 422
- Disintermediation 419 f.
- Disziplinierungseffekt 343
- Doppelnatur der Firma 244
- Drittsschutz 132, 481 ff.
- DRSC 127
- Duales System 385 f.
- due process clause 444
- EBR-Richtlinie 139
- economics of information 212
- EDGAR 187
- Edinburgh Gazette 155
- Editionsbestimmungen 42
- Editionspflicht 42
- Effekten 192
- Effektengeschäft 20, 58
- Effektenspekulation 54 f.
- Effektenurkunde 20
- Eigenkapital-Fremdkapital-Relation 18
- Eigenkapitalgeber 318, 395, 397
- Eigenkapitalgeberschutz 401
- Eigenkapitalmarkt 323
- eingetragene Genossenschaft 149 f.
- Ein-Personen-Aktiengesellschaft 149
- Einsichtnahmerecht 158
- Eintragung 425
 - deklaratorische 153
 - konstitutive 153
- eintragungsfähige Tatsache 425 ff.
- eintragungspflichtige Tatsache 426 f., 467
- Einzelabschluß 163, 379
- Einzelkaufleute 159
- Emissionsprospekt 80, 173, 175, 278, 418
- Emissionsprospektrichtlinie 113, 370 f.
- Emissionsprospektzwang 112
- Emissionsverbot 55
- Entreprise unipersonnelle à responsabilité limitée 161
- Entscheidungsvorbereitungsfunktion 338
- Ertragsrisiko 341
- Europäische Gemeinschaft 101
- exempt private companies 108
- Expansionsbereitschaft 436
- Expertise de gestion 162
- fair and full disclosure 185
- Familienrecht 17
- Fictitious Names Acts 183
- financial intermediaries 418
- Finanzanalysten 418
- Finanzanzeigen 433
- Finanzdienstleistungsunternehmen 377
- Finanzierung 337
- Finanzmarketing 25, 430
- Finanzmittler 418
- Firma 33, 151, 244, 247
- Firmenausschließlichkeit 315
- Firmenbeständigkeit 315
- Firmenbuch 87, 151
- Firmeninhaberschutz 151
- Firmenkollisionsrecht 246
- Firmenordnungsrecht 245
- Firmenrecht 150, 481
- Firmenregister 38 f.
- Firmenschutz 245
- Firmenwahrheit 33, 315
- Fondsgesellschaft 418
- Foreign Corrupt Practices Act 410
- foreign issuers 187
- Formwechsel 165
- fraudulent activities 185
- Freerider-Effekte 219
- Freiheitsschutz 304
- Freiverkehr 364 ff., 368, 392
- Fremdkapitalgeber 397 f.
- Fremdkapitalgeberschutz 400 f.
- Fremdkapitalmarkt 324, 420, 435
- Fremdsteuern 338 ff.
- Funktionsdogmatik 491 f.
- Funktionseffizienz 350
- Funktionsfähigkeit
 - allokativen 301, 347 f.
 - institutionellen 300, 345

- des Kapitalmarkts 147, 281
- operationale 300, 345
- Funktionsschutz 253, 265, 288, 298 ff.,
303 ff., 321, 323 f., 327, 329, 331 f., 341
- GAAP 124, 126, 368, 398, 450 f.
- Gebrauchsmusterrolle 20
- Gefälligkeitsrating 437
- Geheimnisschutz 262
- Gemeinschaftsrechtliche Regelungen 132
- general partnership 155
- Generalversammlung 102
- Genossenschaft 100, 158
- Genossenschaftlicher Prüfungsverband
158
- Genossenschaftsregister 50, 150
- Geschäftsführungskontrolle 342
- Geschäftsjahr 142
- Geschäftsverkehr 238
- Gesellschafterschutz 132, 326
- Gesellschaftsinteressen 257
- Gesellschaftsprotokoll 38
- Gesellschaftsrecht 142, 222, 492
- Gesellschaftsregister 35, 37 ff., 90, 107, 155
- Gesellschaftsstatut 326
- Gesellschaftsvertrag 68
- Gewerberecht 15
- Gewerkschaften 401 f., 406, 418
- Gewinn- und Verlustrechnung 365
- Gilde 441
- Gladstone'sche Reform 55
- Gläubiger 161, 267
- Gläubigerschutz 18, 24, 72, 100, 126, 135,
151, 251, 255 f., 294, 305, 316 f., 326 f.,
369, 373 f., 397, 451 f., 478, 482
- Gleichbehandlung, kapitalmarktrechtliche
140
- Gleichbehandlungsgebot 282
- GmbH 100 f., 110, 149, 157, 159 f., 165,
205, 226
- GmbH & Co. KG 160
- GmbH & Co. KG-Richtlinie 136, 362,
373, 376
- Goodwill 247
- Greffier 153
- Großunternehmen 101
- group account 163
- Grundbuch 18
- Gründerzeit 298
- Gründungskontrolle 91
- Gutglaubensschutz 50
- Halbjahresberichtsrichtlinie 148, 198
- Halbjahresrichtlinie 141
- Handelsbilanz 451
- Handelsgericht 153
- Handelsprotokoll 38
- Handelsrecht 245, 316, 492 f.
- Handelsregister 23, 39, 44, 52, 80, 90,
165, 231, 268, 314, 424 f., 427 f., 459,
467 ff., 470
- Handelsregister-Gebührenrecht 428
- Handelsregisterrecht 492
- Handelsverbot 55
- Handelsverkehr 248
- hard information 453
- Hauptversammlung 266, 431, 493
- IAS 124 ff., 368, 398, 450 f., 480
- IASC 124 f., 432, 444, 480
- Immaterialgüterrecht 20
- Immobilienregister 31
- individual account 163
- Individualschutz 151, 196, 238, 251 f.,
257, 259, 265, 273, 276, 278, 284, 288,
294, 298 f., 301 ff., 308, 314, 317, 321 ff.,
327, 330 ff., 334 f., 341, 351 f.
- Information 8, 217, 334
- Ad-hoc-- 141
- verborgene 351
- Informationsaktualität 461
- Informationsasymmetrien 25, 306 ff.,
312 f., 324, 391, 404, 408, 420, 438 ff.
- Informationsbedürfnis 457
- Informationsbeschaffung 314
- Informationsbörse 434
- Informationsdienst 418
- Informationseffizienz 210 f., 216, 392
- Informations-free-rider 413 f.
- Informationsfunktion 111, 247, 334, 337,
436, 444, 449
- Informationsgebote 310
- marktbezogene 147
- Informationsinteresse 397
- Informationsmarkt 307
- Informationsmittler 10, 415, 417 ff., 432
- Informationsmodell 421
- Informationsökonomie 208 ff., 212, 312 f.
- Informationspflicht 203, 440
- Informationsproblem 313
- Informationsrecht 261
- Informationsrisiko 298 f., 322, 341, 343,
352

- Informationsschutz 314
- Informationsüberflutung 307
- Informationsüberproduktion 217
- Informationsumfang 415 f.
- Informationsunterproduktion 218
- Informationsversorgung 308, 440 f.
- initial public offering 185
- Innovationsbereitschaft 436
- Insidergeschäft 114, 171
- Insiderhandel 115, 194, 262, 435
- Insiderhandels-Regelung 442
- Insiderhandelsverbot 120, 187
- Insiderinformation 284
- insolvency notice 183
- Insolvency Rules 183
- Insolvenzfall 18
- Insolvenzgericht 180
- Insolvenzordnung 180
- Insolvenzplan 181, 291, 326, 343, 385
- Insolvenzrecht 290 ff.
- Insolvenzverfahren 180
- Insolvenzverwalter 179, 386
- Inspecteur du Travail 162
- Institutionenökonomik 208, 225
- Institutionenschutz 139, 251, 257, 284
- Institut national de la propriété industrielle (INPI) 90, 153
- integrated disclosure system 121, 186, 228, 353
- Interessenverband 418
- Interessenvertretungsrisiko 298 f., 341, 343, 352
- interest group legislation 223
- interest group theory 419
- interim account 164
- interim disclosure 460
- Intermediär 10, 14, 417
- Internationalisierung 125
- Internet 424, 433 ff.
- „interstate-commerce“-Klausel 297
- Intransparenz 210
- Investmentfonds 420
- Investoren 140, 217
- Investorenschutz 297
- Investor Relations 24, 266, 430 f., 434
- IOSCO 124, 480
- Jahresabschluß 320, 351, 363, 368, 378 f., 396, 399, 402, 417, 450, 469, 473, 476, 488
- Jahresabschlußprüfung 365
- Jahresabschlußrichtlinie 135
- Joint Stock Banking Companies Act 75
- Joint Stock Company 56
- Joint Stock Companies Act 56, 74
- junk bond 436
- Kapital, hybrides 400
- Kapitalallokation 317
- Kapitalanlagebetrug 171
- Kapitalanlagegesellschaft 176, 369, 377
- Kapitalaufbringung 452
- Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz 126
- Kapitalerhaltung 452
- Kapitalflußrechnung 432
- Kapitalgesellschaft 156, 163, 200, 250, 255, 263
- Kapitalmarkt 196, 219, 333, 374, 391 f., 395, 464
- freier 140
- grauer 371
- Kapitalmarktaufsicht 311
- Kapitalmarkteffizienz 297, 300
- Kapitalmarktinformation 100
- Kapitalmarktrecht 276, 296 f., 316, 492
- Kapitalmarktschutz 105, 296, 371
- Kapitalverkehrsfreiheit 112, 146
- Kartell 274
- Kartellaufsicht 270, 477
- Kartellbeschlüsse 270
- Kartellrecht 268, 492
- Kartellregister 168
- Kartellverträge 270
- Kennzeichnungsfunktion 247
- Klagerecht 63
- Klarheitsgebot 452, 459, 463
- Kleinanleger 289
- Kleinanlegerschutz 293
- Kollektiv 209
- Kollokationsplan 182
- Kombinationslehre 472
- Kommanditgesellschaft auf Aktien 60, 68, 100, 165
- Kommunikationsmedien 266
- Komplementär 60
- Konditionenrisiko 298 f., 341, 343, 352
- Konkurrent 219 f.
- Konkurs 182
- Konkursschutz 126
- Konkursvorsorgefunktion 111
- Konsument 408
- KonTraG 11, 127

- Kontrollfunktion 340, 341, 348, 467
 Konzentration 378 f., 381 f.
 Konzern 159
 Konzernabschluß 126, 159, 163, 202, 379
 Konzernbilanzrecht 126
 Konzernbilanzrichtlinie 136
 Konzernbildung 138
 Konzerneingangskontrolle 380
 Konzernlage 383
 Konzernrechnungslegung 382
 Konzernrecht 492
 Konzernrechtsrichtlinie 138
 Konzernregister 459
 Konzessionierung 58 f.
 Konzessionssystem 55 f., 60, 62, 72, 79
 Konzessionszwang 55, 58, 60
 Korrelat
 – der Haftungsbeschränkung 491
 – der Marktteilnahme 11, 492
 – der Vertragsbeziehung 11
 Kreditinstitut 377
 Kreditsicherung 452
 Kreditverkehrsschutz 257, 482
 Kreditwürdigkeit 82
 Kursverfälschungen 471
 Kurszettel 41, 77

 Lauterkeitsrecht 486
 law of corporation 403
 law of fraud 115
 Lieferanten 407
 Life Assurance Companies Act 75
 Limited Liability Act 75
 limited partnership 155, 184
 Liquidationsrisiko 299, 352
 Liquiditätsrisiko 298, 342
 listed securities 175
 listing particulars 175
 Loi sur les sociétés à responsabilité limitée 60
 Loi sur les sociétés en commandite par actions 60
 London Gazette 155, 183
 London Stock Exchange 176
 London Stock Exchange-Rule Book 176

 Maklerbörse 434
 Marché officiel 174
 Markenregister 20
 market for lemons 348
 Märkte 391

 Markt
 – geregelter 364, 366, 368, 392
 – neuer 367 f., 432
 Marktbeanspruchung 358 ff., 365 f., 452
 Marktbezogenheit 140 f.
 Marktchronologie 353 f., 358, 369
 Markteffizienz 214 f., 287, 289
 Marktfunktionieren 210
 Markt für Unternehmensinformation 219
 Marktinanspruchnahme 374, 376 ff., 380, 394
 Marktintegrität 291
 Marktkreis 141
 Marktordnung 40
 Markttort 326
 Marktprozeßtheorie 210
 Marktrecht 316, 326
 Marktregulierung 367
 Marktschutz 139, 151, 277, 284, 293 f., 321, 326 f., 341, 393, 492
 Marktteilnahme 11, 372, 391, 393, 492
 Marktteilnehmerschutz 151, 333, 492
 Markttransparenz 13, 145, 225, 275, 322
 Marktversagen 217 f., 223 f., 281, 306
 Marktvorstand 40
 Marktwirtschaft 211
 materiality-Grundsatz 453 f.
 Mehrheitsaktionär 269
 Menschenrechte 14
 merit analysis 120, 310
 Merkantilgericht 38
 Merkantilprotokoll 38
 Messordnung 40
 Messvorstand 40
 Minderheitenschutz 269, 381
 Minderheitsaktionär 282
 Mindestkapitalvorschriften 310
 Mißbrauchsaufsicht 270
 Mississippi-Schwindel 41, 54
 Mitbestimmungsrecht 405
 Mitgliedschaftsrecht 258, 261, 282 f.
 Mittelstandsrichtlinie 137, 376
 Mitverwaltungsrecht 258
 Musterregister 20
 Muttergesellschaft 99, 203

 Namensrecht 17
 Neoklassisches Modell 208
 Neuemission 198
 New Deal 117, 312
 New York Stock Exchange 122, 392

- Niederlassungsfreiheit 320
- non-statutory account 163
- Normativsystem 62, 67, 70
- Note de présentation 174
- Notverordnung 92, 95
- Nürnberger Konferenz 46, 62

- Octroi-System 43, 54 f., 57
- öffentliche Sicherheit und Ordnung 336
- Öffentlichkeitsgrundsatz 16
- Ökonomische Theorie 207
- Offenkundigkeit 359
- Offenkundigkeitsprinzip 17, 359 f.
- Offenlegung 6, 102, 132, 138, 185, 191, 213 ff., 219 f., 235, 238, 240, 242, 262, 272, 307, 320 f., 325, 327, 330, 333 f., 345, 391, 423, 425, 438, 440, 469, 488
 - periodische 142
- Offenlegungspflicht 54, 56, 69, 83, 92, 100, 115, 118, 137, 140, 146, 160, 164, 187, 194, 207, 223 f., 239, 240, 282 f., 289, 309, 357, 360, 438, 447, 482
 - kartellrechtliche 187
- Offenlegungsprinzip 227
- Offenlegungsvorschriften 219
- OGAW-Richtlinie 141 f.
- Organisationsrisiko 242

- Pachtkreditgesetz 19
- Panel on Takeovers and Mergers 176, 446, 480
- Partikulardogmatik 483
- Patentrolle 20
- path dependency 221 f.
- Patronatserklärung 484 f.
- Pensionsfonds 401 f.
- Personenhandelsgesellschaft 159, 254
- Persönlichkeitsschutz 16
- Pfandrecht 19
- Pioniergewinne 460
- Platzierungsort 326
- poison pen summary 416
- post-distribution trading 185
- Preisbildungsfunktion 348
- Preußisches Einkommensteuergesetz 71
- Primärmarkt 391
- principal 212
- private companies 107
- private partnership 56
- Privatrecht 17
- probability/magnitude-Formel 456
- Produktmarkt 220
- Prognosebericht 431
- Prognoseberichterstattung 461 f.
- Prokurenregister 36, 38 f., 441
- proprietary cost-Analyse 220
- prospectus 175
- Prospekt 141, 354, 368, 372, 379, 417
- Prospektaktualität 146
- Prospektform 145
- Prospekthaftung 77, 172, 177, 277 ff., 339, 344, 372, 483
- Prospektpflicht 78, 80, 170, 172, 174, 280
- Prospekttheorie 79
- proxies 186
- Prüferbefähigungsrichtlinie 137
- Prüfungsrecht
 - materielles 469
 - staatliches 75
- public choice-Theorie 223
- public companies 107, 175
- public good Theorie 218
- Publicité permanente 60 f.
- publicity 24
- Public Offers of Securities Regulations 176
- public relations 98, 226
- public utilities legislation 116
- Publikationsinteresse 16
- Publikationspflicht 205, 276, 282, 287
- Publikationspflichtverletzung 287
- Publikumsgesellschaft 257, 323
- Publikumskapitalgesellschaft 96
- Publikums-KG 279
- Publikumsschutz 40, 282, 369, 386
- Publizität 1, 6, 13, 17, 19, 21, 26, 38, 42, 53, 56, 62, 65, 67, 70, 72 f., 77, 80, 88, 90, 95, 97 f., 110, 119, 127, 131, 134, 139, 162, 169, 178, 185, 191, 198, 211, 221, 224, 226, 256, 260 f., 271, 273, 275 f., 289, 292, 295, 307 f., 311 f., 314, 316 ff., 322, 326 f., 358, 365, 424 ff., 429, 433, 435 f., 438 f., 449, 490
 - Ad-hoc~ 2, 25, 30, 78, 142, 171, 173, 262, 276, 285 f., 310, 325, 347, 351, 366, 368, 377 f., 397, 423, 442, 454 f., 457 f., 460 f., 477, 483, 491
 - Allgemein~ 9
 - aktienrechtliche 4, 53, 59, 62, 64, 66, 69, 73, 92, 97, 99, 102 ff., 110, 259
 - Änderungs~ 384
 - Auskunfts~ 257, 265, 276, 352, 355

- Behörden~ 270 f.
- Bekanntmachungs~ 270, 294, 385
- Berichterstattungs~ 429
- Berichts~ 276, 282, 310, 325, 377, 491
- Beteiligungs~ 23, 164 f., 172, 175, 187, 264 f., 267 ff., 276, 282 f., 322, 324 f., 343 f., 347, 350, 352, 355 ff., 368 f., 379 ff., 445, 483, 491
- Bilanz~ 57, 59, 63, 67, 71, 75, 78, 82, 92, 104 f., 108, 112, 128, 226, 269, 317 ff., 331, 444, 451
- Börsen~ 23, 30, 32, 40, 102 f., 275 f., 325
- Börsenzulassungs~ 112, 281
- Börsenzulassungsprospekt~ 370
- Branchen~ 104, 176 f., 369, 374
- der Delinquenten 168
- Emissions~ 89, 112, 116, 173, 185, 276, 310
- Entstehungs~ 20
- Finanz~ 129, 450
- Firmen~ 30, 32, 39, 149, 152, 155, 183, 244, 246 ff., 315, 345, 370, 378, 491
- freiwillige 98, 106, 222, 226
- gesellschaftsrechtliche 74, 129, 183
- gesellschaftsregisterrechtliche 80
- gesetzliche 106
- Größen~ 149
- Großunternehmens~ 65
- Gründungs~ 30, 44, 53, 57, 61 f., 78, 109
- Grundbuch~ 87
- Gruppen~ 378, 459, 485
- haftungsrechtliche 246
- handelsrechtliche 30, 31, 43, 72, 108, 132 f., 149, 152, 171, 183, 229, 267, 353
- Handelsregister~ 23, 44 f., 48, 50, 109, 149 f., 152, 207, 229, 243, 294, 314 f., 342, 346 f., 349, 381
- Hauptversammlungs~ 8, 10, 23, 156, 159, 257, 259 ff., 265 f., 283, 323 f., 342, 352, 378, 397, 405, 432, 440 f., 491
- Haus~ 136, 155
- Immobilial~ 346
- Individual~ 9, 182
- Insolvenz~ 23, 30, 178, 289, 293, 325, 343, 345, 354, 384 f., 491
- Jahresabschluß~ 23, 76, 94, 105 f., 108, 276, 385, 395, 440, 449, 452, 459, 473 f., 482
- Kapitalmarkt~ 23, 92, 108, 112, 129, 132, 140 f., 160 ff., 171, 175, 184, 224, 293, 312, 339, 344 f., 347, 350, 353 f., 396, 493
- Kartell~ 23, 132, 139, 167 ff., 269 ff., 271 ff., 322, 324, 343, 347 f., 350, 353, 368, 384
- kaufmännische 32, 82
- Konzentrations~ 350, 384, 492
- Konzernabschluß~ 166, 369
- konzernrechtliche 99, 132, 137, 164, 198, 202, 267, 322, 324, 343, 347, 350, 353, 368, 491
- kreditschaffende 83
- Lageberichts~ 276
- Markt~ 32, 40, 492
- Marktaustritts~ 133, 290, 293, 384 ff., 492
- Markteintritts~ 133, 276, 293 f., 354, 369 f., 372, 378, 492
- marktendogene 217, 223
- Marktteilnahme~ 133, 357 f., 372, 377 f., 386, 492
- Marktteilnahmeänderungs~ 133, 378, 382, 384, 492
- Mess~ 32, 40
- Mittelstands~ 204
- negative 50, 83 f. 89, 153, 233 f., 240
- Niederlegungs~ 294, 385
- periodische 192
- positive 83, 86 f., 89, 153, 231, 240
- präventive 270
- Primärmarkt~ 119, 129, 353, 370, 453
- Prognose~ 146, 206, 292, 461, 463
- Prospekt~ 25, 30, 79, 119, 144, 169, 172, 225, 276 f., 281, 310, 325, 371, 389, 394, 415 f., 438, 477, 483, 491
- Rechnungslegungs~ 23, 30, 71, 74, 93, 96, 99, 103, 107, 109, 129, 132, 135, 156 f., 159 f., 163, 176, 178, 249, 255 f., 305, 310, 316 ff., 323, 327, 332, 339, 342, 344, 350, 352 f., 360 ff., 366, 373 ff., 379, 389, 396 f., 399, 400, 405, 413, 415, 465, 481, 491
- Regel~ 103, 366, 457
- Register~ 17, 32 f., 39, 45 f., 49 f., 62, 73, 76 f., 82, 84, 86, 88 f., 112, 128, 132 f., 149, 155, 229 ff., 234, 237, 241, 243, 294, 345, 353, 370, 378, 383, 385, 426 ff., 448, 467, 468, 481, 491
- repressive 270
- Sacheinlage~ 78

- sachenrechtliche 18
- Sekundärmarkt~ 119, 129, 171, 353
- Sozial~ 394, 408
- Sozialbilanz~ 394
- Sparten~ 75
- Unternehmensberichts~ 370
- Unternehmens~ 1, 2, 4, 22, 24, 49, 53, 60, 64, 84, 88, 96 f., 103, 106 ff., 114, 127 f., 131, 141, 154, 189, 214 f., 224, 226, 229, 250, 264, 267, 286, 295, 305 f., 314, 316 ff., 326 f., 331 ff., 337 ff., 342, 348, 350, 358, 370, 389, 390, 409, 413 ff., 439 ff., 446 ff., 459, 463 ff., 477 ff., 484, 489 ff.
- Unternehmensvertrags~ 383
- Verkaufsprospekt~ 370
- Vertriebs~ 25
- Wertpapierhandels~ 76, 275, 325, 483
- Zweigniederlassungs~ 134 f.
- Zwischenberichts~ 30, 173, 200, 276, 347, 377, 424, 442 ff., 477, 480, 483, 490
- Publizitätsadressat 47, 395 ff., 400 ff., 406 f.
- Publizitätsdiskussion 24, 328
- Publizitätsdogmatik 44, 61, 202, 229, 289, 296, 484
- Publizitätsemitent 393
- Publizitätsformen 252
- Publizitätsgebote 21
- Publizitätsgesetz 23, 64, 100 f., 159, 255, 374 f.
- Publizitätsinteresse 99
- Publizitätsinstrument 13, 18, 202, 244, 256, 281
- Publizitätskonzept, kapitalmarktrechtliches 141
- Publizitätskosten 438
 - primäre 133
 - sekundäre 133
- Publizitätspflicht 15, 25 f., 65 f, 74, 106, 110, 137, 155, 171 f., 180, 191 f., 195 ff., 212 f., 225 f., 229, 250, 256, 286, 292, 295, 307, 311, 319, 330, 392, 427, 456
- Publizitätsprinzip 2, 4, 18, 20, 80 ff., 86, 239
- Publizitätsregelungen 132, 235, 288
- Publizitätsregime 70
- Publizitätsrichtlinie 109
- Publizitätssoll 205
- Publizitätssystem 120
- Publizitätsstatbestand 389
- Publizitätsverhalten 205
- Publizitätsvorschriften 83
- Publizitätswirkung 230
- Qualitätssiegel-Funktion 470 f., 473 ff.
- Quartalsbericht 186, 351, 432
- race for laxity 437
- race to the bottom 297
- Rationenbuch 37
- Rating 430, 435 ff., 439, 470, 475, 485 ff.
- Rating-Agentur 418, 485 f.
- Rechenschaftspflicht 95
- Rechnungslegung 12, 22, 24 f., 42, 57, 60 f., 64, 74, 97, 101, 181, 256, 298, 316 f., 323, 326 f., 372 f., 450, 459, 472
- Finanz~ 199
- Rechnungslegungsharmonisierung 135
- Rechnungslegungspflicht 250, 252
- Rechnungslegungsstandards 124, 450
- Rechtsscheinsdogmatik 231, 235, 241, 315
- Rechtsscheinsprinzip 232
- Rechtssicherheit 237
- Rechtsvergleichung 27
- Rechtsverkehr 238, 241
- Register 19, 236, 243
 - kaufmännische 35
 - privates 427
- Registergericht 61, 70, 243, 467 ff., 488
- Registerpflicht 37
- registration statement 185
- Registre de commerce et des sociétés 52, 89 f., 153, 182
- restoration of public confidence 196
- Risikobereitschaft 436
- Risikokapitalmarkt 365
- Risikosenkungsfunktion 341, 344
- Rosinentheorie 233 f.
- Sachenrecht 17
- safe harbour rule 293, 454, 462
- Sanktionsdogmatik 231, 488
- Schiedsgerichtsbarkeit 17
- Schuldbeitreibungs- und Konkursgesetz 182
- Schuldendeckungskontrolle 24
- Schwindelgründungen 67
- Second marché 174
- Securities Act 118, 185, 191, 194 f., 227, 310, 353 f.
- Securities and Exchange Commission,

- SEC 119 f., 122, 124, 185 f., 293, 311, 444
- Securities Exchange Act 119, 185, 193, 227, 310, 353 f., 444
- securities legislation 117
- Securities Regulation 118 f., 121, 223, 288, 297, 311, 329, 460
- Seeschiffsregister 19
- Segré-Bericht 112
- Sekundärmarkt 119, 185, 391
- Selbstinformation 338
- Selbstkontrolle 121
- Selbstregulierung 441, 444, 446 f., 480
- Selbststeuerung 338 ff.
- signalling 367
- Signal-Theorie 213, 312, 414, 470
- single comprehensive disclosure system 120
- Sitzgericht 88
- Slim-Initiative 134
- small business issuers 187
- social responsibility-Bewegung 409 f.
- Société anonyme 162, 267
- Société à responsabilité limitée 161
- Société en commandite par actions 60
- soft information 453, 459, 461
- sophisticated investor 416
- South Sea Bubble-Krise 54, 114
- Sozialbilanz 162, 406, 411, 413
- Sozialschutz 304
- Spaltung 165
- Spekulation 60, 459
- Staat 414
- Standardisierung 439, 464
- Standardprospekt 146
- Standard Settings 465
- standard setting committees 444
- statutory account 163
- Stellvertretungsrecht 17
- Steuerrecht 71
- Stiftung 150
- stock corporation 342
- Stock Exchange's Company Announcement Office 176
- Strafprozessrecht 15
- Strafrecht 15
- Substanzerhaltungsrisiko 298 f., 352
- Substanzerisiko 298, 310, 341 ff.
- Supermarktentscheidung 381
- Syndikalistisches System 402 f.
- title insurance 346
- title search 346
- Transaktionskosten 211, 347, 464
- Transparenz 11, 123, 145, 248, 275, 308, 315, 325, 347, 365, 445
 - der Beteiligungsverhältnisse 267
 - der Märkte 286
- Transparenzgebot 12, 151
- Transparenzrichtlinie 141, 165 f., 172 f., 263, 284, 288, 355, 380
- true and fair view 111, 163, 397, 449, 475
- Übernahmeangebot 138, 186
- Übernahmekodex 172, 445 f.
- Umlauffähigkeit 261
- Umwandlungsgesetz 165
- Umwelt-Audit 411
- Umweltrecht 15
- United Kingdom Stock Exchange 176
- Unternehmen 22
- Unternehmensaußenrecht 390
- Unternehmensbericht 366
- Unternehmensbeteiligungsgesellschaft 369
- Unternehmensbroschüren 433
- Unternehmensgläubiger 215
- Unternehmensgröße 362
- Unternehmensinnenrecht 390
- Unternehmenskonzentration 265, 268, 271
- Unternehmensregistersystem 99, 335
- Unternehmensübernahme 444 f., 477 f.
- Unternehmensverbund 485
- Unternehmensverträge 268
- Urheberrecht 20
- UWG 21
- value reporting 431
- Verbandsrecht 283
- Verbraucher 408, 415
- Verbraucherschutz 151, 176, 275, 312, 421
- Verbraucherverband 418
- Vereinsrecht 17
- Verfassungsrecht 13
- Vergleichbarkeitsgebot 465
- Verhaltenssteuerungsfunktion 338, 340
- Verhandlungsstärke 440
- Verkaufprospekt 170, 177
- Verkehrsinteresse 235

- Verkehrsrsschutz 34, 51, 81, 85 f., 230, ff.,
236 ff., 240, 242 f.
Verkehrsrsschutzdogmatik 237
Verkehrsrssicherheit 237
Vermögensrecht 258
Veröffentlichung 6
Veröffentlichungsgebote 147
Veröffentlichungspflicht 64
Verschmelzung 165
Versicherungsaufsicht 476
Versicherungsbilanzrichtlinie 137
Versicherungsrecht 104
Versicherungsunternehmen 105, 369, 377
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
100, 149
Vertragshaftung 277
Vertragskonzern 138
Vertrauenshaftung 231, 237, 278
Vertrauenslehre 234
Vertrauensschutz 51, 85, 233, 234, 241,
315, 348 ff., 358, 484
Vertrauensstatbestand 232, 234
Verwaltungsbehörde 15
Verwaltungsrecht 15
Verwaltungsrisiko 298, 341, 343, 352
Verwaltungsverfahren 15
Vollständigkeitsgebot 452, 459, 463
Vollstreckungsrecht 16

Werthaltigkeitsgebot 452, 459, 461
Wertpapierbedingungen 142
Wertpapierdienstleistungsrichtlinie 141
Wertpapierhandelsaufsicht 476
Wertpapierrecht 20, 276
Wertpapierverkaufsprospektgesetz 170
Wesentlichkeitsgebot 452 ff., 459
Wettbewerb 321 f.
Wettbewerber 413
Wettbewerbsbeschränkungen 272
Wettbewerbsrecht 245
Wettbewerbschutz 132, 151, 275
Wettbewerbsverzerrung 245, 320
Wheat-Bericht 122
wirtschaftlicher Verein 150
Wirtschaftskrise 95
Wirtschaftsrecht 19, 492
Wirtschaftsverwaltungsrecht 20

Yellow Book 175

Zahlungsverkehrsrsschutz 482
Zeichenregister 20
Zentralregister 84
Zunftmatrikel 441
Zusammenschlußkontrolle 269
Zwangsgeld 487 ff.
Zwangsstrafe 160
Zweigniederlassungsrichtlinie 109, 134
Zweites Finanzmarktförderungsgesetz
172
Zwischenabschluß 164
Zwischenbericht 351, 443

Jus Privatum

Beiträge zum Privatrecht – Alphabetische Übersicht

- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Beckmann, Roland Michael*: Wichtigkeit und Personenschutz. 1998. *Band 34*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Bittner, Claudia*: Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht. 2000. *Band 46*.
- Bodewig, Theo*: Der Rückruf fehlerhafter Produkte. 1999. *Band 36*.
- Busche, Jan*: Privatautonomie und Kontrahierungszwang. 1999. *Band 40*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Dauner-Lieb, Barbara*: Unternehmen in Sondervermögen. 1998. *Band 35*.
- Drexel, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Eberl-Borges, Christina*: Die Erbauseinandersetzung. 2000. *Band 45*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Escher-Weingart, Christina*: Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht. 2001. *Band 49*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und ‚sonstiges‘ Recht. 1996. *Band 17*.
- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Heinrich, Christian*: Formale Freiheit und materielle Gerechtigkeit. 2000. *Band 47*.
- Henssler, Martin*: Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6*.
- Hergenroder, Curt Wolfgang*: Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12*.
- Hess, Burkhard*: Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26*.
- Junker, Abbo*: Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2*.
- Kaiser, Dagmar*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge wegen Nicht- und Schlechterfüllung nach BGB. 2000. *Band 43*.
- Kindler, Peter*: Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16*.
- Kleindiek, Detlef*: Deliktshaftung und juristische Person. 1997. *Band 22*.
- Luttermann, Claus*: Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32*.
- Looschelders, Dirk*: Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht. 1999. *Band 38*.

- Lipp, Volker*: Freiheit und Fürsorge: Der Mensch als Rechtsperson. 2000. *Band 42*.
- Merkt, Hanno*: Unternehmenspublizität. 2001. *Band 51*.
- Möllers, Thomas M.J.*: Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18*.
- Muscheler, Karlheinz*: Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5*.
- Oechsler, Jürgen*: Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21*.
- Oetker, Hartmut*: Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9*.
- Oppermann, Bernd H.*: Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3*.
- Peters, Frank*: Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1*.
- Raab, Thomas*: Austauschverträge mit Drittbeteiligung. 1999. *Band 41*.
- Reiff, Peter*: Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmens-tragender Verbände. 1996. *Band 19*.
- Rohe, Mathias*: Netzverträge. 1998. *Band 23*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter für eingeschränkt Selbstbestimmungsfähige. 1999. *Band 39*.
- Saenger, Ingo*: Einstweiliger Rechtsschutz und materiellrechtliche Selbst-erfüllung. 1998. *Band 27*.
- Sandmann, Bernd*: Die Haftung von Arbeitnehmern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten. 2001. *Band 50*.
- Stadler, Astrid*: Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15*.
- Taeger, Jürgen*: Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computer-programme. 1995. *Band 13*.
- Trunk, Alexander*: Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28*.
- Wagner, Gerhard*: Prozeßverträge. 1998. *Band 33*.
- Waltermann, Raimund*: Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14*.
- Weber, Christoph*: Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht. 2000. *Band 44*.
- Wendehorst, Christiane*: Anspruch und Ausgleich. 1999. *Band 37*.
- Würthwein, Susanne*: Schadensersatz für Verlust der Nutzungsmöglichkeit einer Sache oder für entgangene Gebrauchsvorteile? 2001. *Band 48*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gern vom Verlag Mohr Siebeck,
Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*